

Nummer 163 — 23. Jahrgang
Annl. wöchentl. Bezugspreis: für Juli 2 R.-M. auschl.
Bestellgeld. Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Markt.
Preis: Die eingepreiste Beilage 20 S., f. Familien-
u. Vereinsanz., Gesuche 20 S. Die Beilage-Beilage
89 mm breit, 1 A. Offertengelder für Selbstabholer
20 S., bei Uebernahme d. d. Post außerdem Porto-
zuschlag. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Pfennig.
Geschäftlicher Teil: Josef Höpmann, Dresden.

Mittwoch, den 16. Juli 1924
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung
auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u.
Reklame v. Schadenersatz. Für unbenutzte u. d. Fernort.
übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Ver-
antwortung. Anzeigen eingelaufen u. mit Rückporto
nicht verarbeitete Manuskripte werden nicht aufbewahrt.
Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags.
Hauptschriftleiter: Dr. Josef Albert, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verkaufsstelle der Sächsischen Volkszeitung: Ernst und Bertha, Sächsische Buchdruckerei, Dresden, Postfach 11, Postamtstraße 41, Fernamt 27722, Post-
telephon Dresden 14797. • Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben • Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden, Postfach 11, Postamtstraße 41, Fernamt 27722, Post-
telephon Dresden 14797.

Schwierige Situationen

Die große und entscheidende Frage des Tages ist: Wird Deutschland die Möglichkeit haben, neben den wirtschaftlichen auch seine politischen Forderungen im Kampf um das Sachverständigenprotokoll durchzusetzen?

Nach der wirtschaftlichen Seite hin sind die Verhandlungen und Vorbereitungen so weit gediehen, daß man sich wohl der Erwartung hingeben kann, daß die Fragen eine, auch von unserer Interesse aus gebotene Lösung finden. Wir würden demgemäß wohl erwarten können, daß diejenigen Voraussetzungen die das Sachverständigenprotokoll selber anstellt, insbesondere die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit erfüllt werden. Es wird damit die Zollgrenze fallen müssen, die Währungsverträge werden erledigt sein, die Regierungen werden aufgegeben werden und auch die Regierungen selber wird verschwinden. Bez. der letzteren sind die Dinge so gedacht, daß schon vor der Gründung der neuen Gesellschaft die Uebergabe der jetzigen Regierungen zu erfolgen hat, und daß die Umwandlung in die neue deutsche Reichsbahn-Gesellschaft sich nach diesem Akte vollzieht.

Wider steht es indessen mit den politischen und militärischen Fragen. In bezug auf die Gesandten und Ausgewiesenen ist inzwischen ja mancherlei geschehen, aber noch vieles bleibt zu tun übrig. Wir werden damit rechnen können, daß Amerika auch bei diesen Dingen sich für den deutschen Standpunkt verwenden wird. Aber nicht sicher, ja sehr fraglich ist, ob Amerika in der gleichen Weise Interesse für die Regelung der militärischen Dinge aufbringen wird. Der französische Standpunkt, auch nach Schaffung der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die rheinischen Bahnen gewissermaßen unter militärischer Kontrolle zu haben, etwa durch Einrichtung militärischer Linien-Kommandanturen oder ähnliches, wird sehr entschieden verfochten, und es ist nach allen Erfahrungen kaum anzunehmen, daß Amerika in solcher Angelegenheit auf Frankreich im Sinne der Verringerung dieser Auffassung einwirkt. Noch kritischer liegen die Dinge bezüglich der militärischen Räumung der Gebiete. Hier verhängt sich Frankreich hinter den Vorwand, daß ja diese Dinge schon im Bewilligen im gegenwärtigen Augenblick, und insbesondere im Zusammenhang mit dem Sachverständigenprotokoll nicht behandelt und gelöst werden können, weil ja dieses Protokoll selber alle militärischen Fragen geschildert ausschaltet.

Man entsteht, politisch und parlamentarisch gesehen, wieder eine ungemein schwierige und scharf zugespitzte Situation. Auf der einen Seite bietet das Sachverständigenprotokoll zum ersten Mal eine feste Verhandlungsbasis mit der Gegenseite und es gibt die Möglichkeit, wenigstens wirtschaftlich in wichtigen Fragen vorwärts zu kommen. Wir haben mit diesem Protokoll die Aussicht, das Rheinland als Reparationsprovinz wieder zu betreten, unsere Währung und Wirtschaft zu heilen, und auf der Grundlage dieses Protokolls die unerlässlichen ausländischen Kredite für unsere gesamte Volkswirtschaft zu erlangen. Wird das Protokoll aus irgend einem Grunde nicht zur Durchführung kommen und als Verhandlungsbasis zur Lösung der Reparationsfrage ausscheiden, dann wird in demselben Augenblick unsere Welt vollständig zugrunde gehen, mit der Währungsstabilisierung wäre es vorbei und der Mangel an innerem Kapital im Zusammenhang mit dem Ausbleiben auswärtiger Geldzufuhr würde unsere Wirtschaft in kürzester Zeit zusammenbrechen lassen. Andererseits kommen wir politisch in die peinlichste Anstalt, wenn wir vor die Entscheidung gestellt werden, dieses Protokoll anzunehmen, ohne daß zuvor eine bestimmte Garantie für die Regelung der militärischen Fragen, insbesondere der Räumung der Gebiete geschaffen ist. Wir wären wiederum darauf angewiesen, unsere Erwartungen nach den eigenen wirtschaftlichen Interessen der Gegenseite einzustellen. In der Tat dürften ja auch die Kreditgeber selber von dem Standpunkte der Sicherheit ihrer eingelebten Gelder mit starkem Nachdruck darauf hinwirken, daß keine politischen Bindungen zustande kommen oder Möglichkeiten offen gelassen werden, die wie bisher einem einzelnen Mitgliedsstaat den Zugriff in die Vermögenssubstanzen des Reiches freistellen.

Darüber gibt es im deutschen Land gar keine Meinungsverschiedenheit, daß wir die Forderung der militärischen Räumung, der über den Versailler Vertrag hinaus besetzten Gebiete unter allen Umständen erheben und aufrechterhalten. Wenn es der Zweck des Sachverständigenprotokolls ist, wirklich wieder vertragmäßige Zustände herbeizuführen, dann ist es eine selbstverständliche Folge, daß alle daraus sich ergebenden Konsequenzen gezogen und in allen Teilen diese vertragmäßigen Verhältnisse wieder hergestellt werden. Wir müssen verlangen, daß die wenigen Rechte, die uns der Versailler Vertrag belassen hat, verbleiben, und das umso mehr, als wir ja durch die Annahme des Protokolls und bereitwillig haben, im Interesse einer wirtschaftlichen Lösung des Reparationsproblems sogar Bindungen und Verpflichtungen auf uns zu nehmen, die nicht im Versailler Vertrag vorgesehen waren.

Die deutsche Goldnotenbank

Das fertige Projekt

Das Goldbankprojekt ist nunmehr endgültig fertiggestellt und bereits der Reparationskommission zugestellt worden. Die Verhandlungen zwischen dem deutschen Delegierten Dr. Schacht und dem englischen Bankier Rinderknecht sind gütlich und vollkommen reibungslos verlaufen. Der deutsche Entwurf ist in seinen wesentlichen Punkten von Rinderknecht angenommen worden. Der Sitz der Bank wird in Weimar sein. Obwohl ihr große internationale Mittel zufließen werden, wird das Direktorium der Bank eine rein deutsche Behörde werden. Das Direktorium ist jedoch nicht befugt, irgendwelche Entscheidungen zu treffen ohne die Zustimmung des Generalrates, der aus 14 Mitgliedern besteht. Der Präsident des Generalrates wird ein Deutscher sein, und zwar ist hierfür der Reichsbankpräsident Dr. Schacht vorgesehen. Neu ist, daß die deutsche Goldnotenbank vollkommen unabhängig von der Reichsregierung ist. Die Kredite, die sie der Reichsregierung geben kann, gehen über hundert Millionen nicht hinaus. Allerdings erhalten Post und Eisenbahn, die bekanntlich mit dem Inkassofonds des Dawesplans eine Art selbständige Aktiengesellschaft werden, Kredite in Höhe bis zu 200 Millionen Mark. Die neuen Aktien werden den Namen „Reichsmark-Aktien“ erhalten und bis zu zehn Goldmark hinunter gestuft werden. Daneben ist auch die Gold-, Silber- und Kupferprägung vorgesehen, und zwar in Werten von 1 Pfennig bis zu 5 Goldmark. Der gesamte Notenumlauf wird sich auf etwa 15 Millionen Goldmark belaufen.

Mit der Schaffung der neuen Goldbank werden die Funktionen der Rentenbank aufgelassen. Die Ueberwachung des Umtausches der Rentenbankcheine in Goldnoten, ebenso die Abwicklung der der Industrie und dem Handel gewährten Rentenmarkkredite wird von der neuen Goldbank übernommen. Dagegen wird für die Besondere der landwirtschaftlichen Kredite, die bei der besonderen betrieblichen und wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft eines längeren Zeitraumes bedürfen, durch eine besondere Agrarbank durchgeführt, die in ihrer ganzen Konstruktion und Funktion der bisherigen Rentenbank gleichkommen wird.

Die kommende parlamentarische Arbeit

Wie uns unser Vertreter aus dem Reichstage mitteilt, ist kaum damit zu rechnen, daß der Reichstag am 22. Juli, wie anfänglich angenommen war, zusammentritt. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß der 28. Juli für das Wiederzusammentreten der Vollversammlung des Reichstages in Frage kommt.

Die Reichsregierung steht selbstverständlich in ununterbrochener Fühlungnahme mit den Parteiführern, die über jede einzelne Etappe in der jüngsten politischen Entwicklung auf dem Laufenden gehalten wurden. Auch weiterhin wird diese Fühlungnahme beibehalten, ja noch erheblich verstärkt, um über die mit der Londoner Konferenz in Zusammenhang stehenden Fragen jederzeit unterrichtet zu werden.

Eine Einladung an die deutsche Reichsregierung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz ist noch nicht erfolgt. Doch glaubt man in offiziellen Kreisen, daß, nachdem die Londoner Verhandlungen einige Tage gedauert haben und zunächst die Grundfragen unter den Alliierten selber besprochen worden sind, eine Hinzuziehung deutscher Vertreter gewünscht wird. Es wird von der Art und dem Charakter der Einladung abhängen, ob die Reichsregierung offizielle Vertreter, als welche unter Umständen neben dem Reichsaußenminister auch der Reichsanwalt selber in Frage kommt, oder ob nur Delegierte, mit besonderen Vollmachten ausgestattet, zu den Verhandlungen beordert werden.

Wie sich die parlamentarischen Geschäfte in der nächsten Zeit entwickeln, läßt sich im Augenblick noch nicht absehen. Es würden jedenfalls die allergrößten Anstrengungen zu machen sein und es dürften sich auch nicht die leichtesten Schwierigkeiten vorausstellen, wenn der Reichstag bis zum 15. August seine Arbeiten beendigt haben soll. Da Mitte August die politische Stille einsetzt und zwar deshalb, weil erfahrungsgemäß in England von jenem Zeitpunkt ab keine politischen Aktionen mehr unternommen werden, müßte, wenn die aus dem Sachverständigenprotokoll sich ergebenden Angelegenheiten bis dahin nicht geregelt wären, leider damit gerechnet werden müssen, daß die Entscheidungen über diese Dinge erst im Spätherbst fallen würden.

Die Phasen der Londoner Konferenz

Eine Einladung Deutschlands in der nächsten Woche?

Drei Etappen

Paris, 15. Juli. Die Pariser Blätter haben im Hinblick auf die bevorstehende Londoner Konferenz ihre bekanntesten Sonderkorrespondenten nach London entsandt. Diese machen ausführliche Angaben über die Vorbereitungen zur Konferenz und über das Arbeitsprogramm. Vertinax glaubt zu wissen, das Foreign Office stünde auf dem Standpunkt, daß die Konferenz in drei voneinander abgrenzbaren Phasen vor sich gehen werde. Zunächst würden die Führer der Delegationen zusammentreten. Ihnen zur Seite werden die vier Sachverständigenkommissionen, die juristische, die finanzielle, die militärische und die administrative treten. Nachdem eine erste Verständigung zwischen den Ministerpräsidenten erfolgt ist, werden die technischen Arbeiten von den Sachverständigen ausgeführt werden. Hierauf werden die Ministerpräsidenten zu neuen Besprechungen zusammentreten. Vertinax will von gutunterrichteter Seite wissen, daß die Londoner Konferenz kaum vor dem 10. oder 12. August zu Ende geführt werden kann.

London, 15. Juli. In gutunterrichteten Kreisen wird mit einer Einladung Deutschlands zur Londoner Konferenz im Laufe der nächsten Woche gerechnet. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Konferenz zunächst die Aufgabe hat, eine Einigung zwischen den Alliierten herbeizuführen.

London, 15. Juli. Man nimmt an, daß die Konferenz etwa vierzehn Tage dauern werde. Die Konferenz wird mit einer Ansprache Macdonalds eröffnet werden. In der ersten Sitzung wird das Programm der Konferenz festgelegt werden.

Die Abreise der französischen Delegierten

Paris, 15. Juli. (Trautberichts) Heute vormittag 10 Uhr ist die französische Delegation nach London abgereist. Entgegen früheren Meldungen gehören auch Laird, Dequaitte der Delegation nicht an. Der englische Vorkonferenzen, Lord Curzon, ist ebenfalls nach London abgereist. Während der Abwesenheit des französischen Kriegsministers Rollet, auf der Londoner Konferenz, wird der Marineminister Duménil die Geschäfte des Kriegsministeriums wahrnehmen.

Die morgen zusammentretende Konferenz ist die zweite in London stattfindende große internationale Besprechung, die sich mit dem Reparationsproblem beschäftigt. Man kann nicht gerade behaupten, daß die Wahl des Ortes eine gute Vorbereitungsentscheidung war, denn jene erste Londoner Konferenz steht uns allen noch in abler Erinnerung. Tausende schloßen die Beratungen mit einem völligen Mißlingen: Die Forderung der Verbündeten, der Londoner Zahlungsplan, wurde Teufelsand in ultimativer Form überreicht. Deutschland zögerte; Matheson nannte dieses Ultimatum ein „zweites Versailles“ (eine Formel, die selber später ein wenig passender und in einer „Wollfellen-Gewebe“ nachsprach). Als aber die Alliierten Tüschdorf und Duisburg befehlten, unterzeichnet man doch.

Das war im Mai 1921. Die drei unglücklich fräutigen und verhängnisvollen Jahre, die seit jener ersten Konferenz von London verfloßen sind, haben den Nachweis erbracht, daß der von den Alliierten diktierte Zahlungsplan nicht möglich ist. Weder in gütlicher Zusammenarbeit, wie sie von Vertinax angefordert wurde, noch unter dem Druck der Gewalt, mit der der Putsch an der Ruhr verhängt hat. Kein Delegierter wird darum auf der zweiten Londoner Konferenz sitzen, der noch mit

Und nun entsteht die kritische, und wenn nicht alles ändert, alsobald sich sehr scharf zugespitzte Frage: Soll das Sachverständigenprotokoll angenommen werden, wenn über die militärischen und allgemeinpolitischen Dinge nicht vorher volle Klarheit geschaffen ist, oder soll auf die aus diesem Protokoll sich immerhin ergebenden wirtschaftlichen Vorteile verzichtet werden, bis auch die übrigen Fragen ihre Klärung gefunden haben?

Die Entscheidung über diese Frage wird zu den heftigsten innerpolitischen und parlamentarischen Kämpfen führen. Bei der Stellungnahme der Parteien zu ihr können sich die ernstesten Verwicklungen herausbilden, über deren Ausmaß und Einwirkung auf unsere gesamtpolitischen Verhältnisse wohl heute kaum im weitesten Kreise des Volkes die richtige Vorstellung besteht. Hier erheben sich nicht nur die Fragen einer Reichstagsauflösung, wenn die Regierung keine Mehrheit findet, sondern auch die Fragen, die aus einer Kabinets- und Regierungskrise, aber auch, wie in Weimar, aus einer großen parlamentarischen Krise erwachsen

können. Es könnte sehr leicht zu einem Zerfall der gegenwärtigen Regierungskoalition, ja auch zu einem Bruch innerhalb der Parteien kommen, und das müßte geschwehenfalls, wenn man das Sachverständigenprotokoll nicht schließlich preisgeben gedenkt, und damit das Mißlingen des sofortigen Zusammenbruchs unserer Währung und Wirtschaft auf sich zu nehmen bereit wäre, dazu führen, daß eine Partei für sich, oder in loser Verbindung mit einer anderen Partei die Fäden der Regierung ergreift. Wo all diesen Möglichkeiten, die sich aus der gegenwärtigen Besprechung der Dinge ergeben, müssen wir uns rechtzeitig auseinandersetzen. Denn das ist sicher, daß eine Regierung, der die Durchführung der von ihr mit Recht vertretenen politischen Forderungen, und die verlangte militärische Freigabe der widerrechtlich besetzten Gebiete nicht gelänge, keine Möglichkeit habe, auch gar nicht bereit sein würde, die Geschäfte weiterzuführen.

Diese Skizze der gegenwärtigen Situation zeigt jedenfalls, daß wir schwereren inneren Kämpfen entgegengehen.

Ein Vorspiel in London

Eine bedeutende Unterhaus-Debatte

London, 15. Juli. Die mit so großer Spannung erwartete außenpolitische Debatte im Unterhaus wurde gestern durch Asquith und Baldwin eröffnet. Beide betonten in ihren Ausführungen den Wunsch, daß während der Debatte nicht gesagt werde, was der Reparationskonferenz vorzugreifen geeignet wäre.

Asquith

eröffnete seine Rede damit, daß er MacDonald an der Londoner Konferenz beklagte. Die Debatte nach seiner Auffassung einen neuen Meilenstein auf dem Wege des Fortschritts. Asquith gab seinem Wünsche Ausdruck, Einzelheiten darüber zu erfahren, ob die Wahrscheinlichkeit bestehe, daß sich die Vereinigten Staaten nunmehr an der Reparationskonferenz zu beteiligen beabsichtigen. Er lege großen Wert darauf, daß MacDonald sich darüber äußere, ob er mit der französischen Regierung zu irgend einem Einverständnis über die Mänumung des Westufers des Rheins 1925 und über die für die Sicherheit Frankreichs zu treffenden Maßnahmen gelangt sei. Jede Versicherung und jede Garantie, die die englische Regierung für die Sicherheit Frankreichs mit diesem einverstanden ist, dürfe keine separate Maßnahme, sondern müsse ein Teil eines allgemeinen Vertrages unter den Auspizien des Völkerbundes sein. Die Frankreich angebotenen Sicherungen müßten zu denselben Bedingungen auch Deutschland angeboten werden und es sei offensichtlich, daß Deutschland zum Völkerbunde zugelassen werde, und daß seine Vertreter im Völkerbundrat einen Sitz erhalten müßten. — Nach Asquith ergreift

Baldwin

das Wort. Er fragte gleichfalls, ob irgendwelche Aussicht bestünde, daß die Vereinigten Staaten eine zusagebende Antwort geben. Außerdem möchte er Gewißheit über die Frage der Sanktionen. So wie er unternimmt, werde die Londoner Konferenz ohne die Anwesenheit deutscher Delegierter eröffnet

Überlegung an die Verwendbarkeit des alten Zahlungsplanes glauben könnte.

Das Gutachten der Sachverständigen soll an die Stelle dieses Zahlungsplanes treten. Dieses Gutachten ist ausgefertigt von Amerikanern, während jener erste Plan eine innereuropäische Vereinbarung war.

Die Tatsache, daß ein amerikanischer Schiedsgericht die Grundlage bilden soll für die Regelung der europäischen Angelegenheiten, beweist, daß Europa nicht mehr fähig ist, aus eigener Kraft seiner Schwierigkeiten Herr zu werden. Diese Kapitulation ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu werten. Amerika spielt heute Europa gegenüber die Rolle, die England im Hinblick auf die Abgrenzung der indischen Küsten gegenüber spielte. Die Abgesandten der Kompanie vertraten nur rein wirtschaftliche Belange, aber sie erzielten dadurch politische Zielsetzungen von ungeheurer Tragweite. — Dies ist die weltpolitische Bedeutung der zweiten Konferenz von London: Sie bringt das Eingeständnis, daß der Weltkrieg das Zentrum der Welt von der Schärfe der Westküste des Atlantischen Ozeans verdrängt hat.

Diese Tatsache bestimmt die Stellung der Staaten an der Konferenz. Amerika fühlt wohl, daß hier nur ein Anfang ist, daß es noch keine reifen Früchte zu ernten gibt. Ein hoffendes Antizipieren würde nur die natürliche Entwicklung fördern. So liegen zwar die besten Sachverständigen des westlichen Kontinents in London, aber sie sind dort nur „Beobachter“, sie werden nur sprechen, wenn die Belange Amerikas in Frage kommen. — Chalanos Vertreter, an ihrer Spitze der Arbeiterführer und Kriegsgegner MacDonald, sind erfüllt von der Idee des Völkerbundes, der ja nicht nur Garantie des Friedens, sondern zugleich den Zusammenbruch aller Trümmer von Macht bedeuten würde, die Europa heute noch besitzt. So fordert England Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund, Übertragung der Rechte der Militärkontrollen und der Reparationskommission an den Völkerbundrat oder das Sondertribunalgericht. Ein Völkerbund, der wirklich alle europäischen Staaten umfaßt, wäre nicht nur ein wirksames Gegengewicht Amerika gegenüber, sondern auch ein Rahmen, in dem Frankreichs Politik seine gefährlichsten Formen annehmen könnte. Der Völkerbund wäre der Weg, auf dem das europäische Gleichgewicht wiederhergestellt werden könnte, jenes Gleichgewicht, durch das England seit Trafalgar den europäischen Kontinent beherrscht hatte — bis Lord Wellington „snod-out-Politik“ gegenüber Deutschland diese Vorherrschaft selbstüberbüchselte.

Frankreich freilich hat keine Ursache, durch ein erst zukünftig wirksames Bündnis (wie es der Völkerbund doch darstellen würde) sein Reich von Verträgen und Vergewaltigungen zu befreien, wodurch es heute tatsächlich den europäischen Kontinent beherrscht. So steht für Frankreich an erster Stelle die Frage der „Sicherheiten“, deren Inhalt im Grunde nur der ist, wie die Militär-Maschine Frankreichs auf Kosten anderer Länder (Deutschlands und des englischen Kriegsgläubigers, der auf seine Kosten warten mag) intakt gehalten werden kann. Das Frankreich an den Verhandlungen teilnimmt, ist keine wirtschaftliche Schwäche, Frankreich und Teuerung waren die Folgen des Ruhrstreiks, ihnen verdankt Herrriot seine Ministerpräsidentschaft. Herrriot kommt als Vertreter der Militärmacht Frankreich, aber auch als Vertreter der notleidenden Franzosen; darin beruht die Zweipoligkeit seiner Äußerungen.

Armes Deutschland! Hinter helmen Vertretern steht keine Weltmacht und keine Wirtschaftsmacht. Man hat es also nicht einmal für notwendig gehalten, sich überhaupt einzulassen. Soll man diese zweite Konferenz von London wie die erste mit einem Takt enden, dessen Anerkennung ultimativ gefordert wird? Oder wollen die Militärs zunächst die größten Meinungsverschiedenheiten unter sich selbst beilegen, unter denen die bedenklichste ja eben die ist, wie man Deutschland behandeln soll? Eins ist sicher: Ohne Deutschland ist eine Lösung der europäischen Frage nicht möglich. Die Mitarbeit Deutschlands aber kann nur gewonnen werden in Freiheit und Gleichberechtigung.

Amerikas eindeutige Stellungnahme

Paris, 15. Juli. Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ veröffentlicht einen Artikel des Londoner Korrespondenten über die Ankunft Owen Youngs in London. Es heißt darin: Young sei vor seiner Abreise nach Europa in Unterredungen mit dem Präsidenten Coolidge, dem Staatssekretär Hughes, dem Schatzsekretär Mellon, dem General Dawes über die Instruktionen Kelloggs und Hogans dahin informiert worden, die Vereinigten Staaten wünschten, daß alle politischen oder militärischen Maßnahmen, die den amerikanischen Interessen dienen könnten, die amerikanischen Anleihegeheimnisse würden mit größtem Mißvergnügen sehen, wenn militärische oder politische Aktionen den wirtschaftlichen Maßnahmen vorgezogen würden. Die amerikanische öffentliche Meinung billige den Sachverständigenplan nahezu einmütig. Wenn die Militärs und Deutschland die lokale Durchführung des Dawesplanes beabsichtigen, so sei die Unterstützung der Vereinigten Staaten gesichert. Dagegen würde jedes Anzeichen einer Obstruktion die Washingtoner Regierung entmutigen, sich an dem Wiederaufbau Europas zu beteiligen. Was die Frage der interalliierten Schulden anbelange, so dürfe nach der unveränderten Stellungnahme der Vereinigten Staaten diese mit der Reparationsfrage nicht verknüpft werden. Die Vereinigten Staaten bedauerten, daß, abgesehen von England, keiner von ihnen Schulden daran gedacht habe, seine Schulden zu konsolidieren, aber es werde auf sie keinerlei Druck ausgeübt werden, am wenigsten auf Frankreich. Was die Vereinigten Staaten wünschten, sei die Anerkennung der Verpflichtungen.

Belgische Gegenanträge in London

London, 15. Juli. Der Brüsseler Korrespondent der Times meldet, daß gestern unter dem Vorsitz von Leclercq ein Ministerrat abgehalten worden sei, der sich im wesentlichen mit der Prüfung gewisser Gegenanträge beschäftigte, welche die belgische Regierung in London machen werde, sowie mit der Erörterung der Fragen künftiger Verflechtungen von Seiten Deutschlands. Die belgische Regierung hat eine Absicht des Bröfles erhalten, den die Vereinigten Staaten an die englische Regierung über die Vertretung Amerikas auf der Londoner Konferenz gefaßt habe.

Die sozialistische Internationale nimmt Stellung

Amsterdam, 15. Juli. Gestern vormittag hat die Vorhände des Internationalen Gewerkschaftsbüros und der sozialistischen Internationale zusammenkommen, um an der am 16. Juli beginnenden Londoner Konferenz Stellung zu nehmen. Für den Gewerkschaftsbund waren amtierend die Vorstände der Gewerkschaften und die Sekretäre, darunter Luffenbach, Deutschland, für die sozialistische Internationale der Sekretäre Adler, Wien, und das Komitee des Vollzugsausschusses Bell, England, Viana, Frankreich, Müller, Deutschland, Banderwede und Wrenckers, Belgien, und Völske, Holland.

Annahme der Amnestie-Vorlage in Paris

Paris, 15. Juli. Die Nachtigung der Kammer ist um 2 Uhr zu Ende gegangen. Die gesamte Amnestie-Vorlage ist mit 325 gegen 185 Stimmen zur Annahme gelangt. Die Kammer hat sich darauf bis zum 29. Juli vertagt.

Gegen die kirchliche Politik Herrriots

Paris, 15. Juli. (Tablbericht) Der Bernaboeband der katholischen Jesuiten Frankreichs veröffentlicht im „Echo de Paris“ einen Aufruf gegen die kirchliche Politik der Regierung, die im Inneren das Prinzip der Laienregierung und nach außen die Aufhebung der Vorkriegsämte durchsetzen wollte. Diese Politik werde schwere Schäden heraufbeschwören, da sie der Stimmung im Lande durchaus widerspreche. Der Aufruf fordert alle Katholiken zum Pro-

werden. Deutschland würde eine Anleihe über vierzig Millionen Pfund gewährt werden, deren größter Teil in England aufgelegt werden würde. Die Gründung des deutschen Wirtschaftsmarktes würde aber für England eine ungeheure Konkurrenz bedeuten. Zum Schluß sprach er den Wunsch aus, der Ministerpräsident möge mit seiner Arbeit Erfolg haben. — Darauf erhob sich Ministerpräsident

Wachonath

zur Erwidmung und dankte dem Führer der Opposition für ihre guten Wünsche. Wenn in dem Dawesgutachten Punkte vorlämen, die Deutschland zu Verpflichtungen zwängen, die im Versailles-Vertrage nicht vorgesehen seien, so sei das eine Frage, die gegenwärtig den Sachverständigen zur Prüfung anheim gegeben sei. Dort würden diese Punkte beraten, bis sie vor die Reparationskonferenz kämen. Es könne keinen Frieden in Europa geben, bis nicht England und Frankreich einen Stand von Einigkeit erreicht hätten, der in den letzten Jahren leider gefehlt habe. Dieses Ziel zu erreichen, habe er bisher auf jede Weise veruricht. Man müsse jedoch, während man beirrebt sei, Frankreich jede Sicherung nach dem Versailles-Vertrag zu verschaffen, bemüht sein, zu verhindern, daß Frankreich die gesetzlichen Bestimmungen des Versailles-Vertrages überschreitet. Er werde sein Bestes versuchen, eine vollständige Einigung zwischen England und Frankreich zu erreichen und dafür zu sorgen, daß den Kapitalgebern jede Sicherheit in bezug auf Deutschland verschafft würde. In bezug auf die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Reparationskonferenz erklärte MacDonald, es sei notwendig für Amerika auf dem vorgeschriebenen gesetzlichen Wege darüber zu bestimmen, ob ein offizieller Vertreter ernannt werde. Die Frage des Schiedsrichters amies Amerikas sei in dem Konferenzprogramm als Alternativen aufgenommen. Er wies weiter darauf hin, daß das Abkommen von Spa auf der Londoner Konferenz nicht wieder zerrüttet würde. Es würde kein Sanktionsprogramm, sondern nur ein im allgemeinen Interesse der Alliierten liegendes Programm im Falle einer Verfehlung festgesetzt werden.

Keine Auflösung des Braunschweiger Landtages

Braunschweig, 15. Juli. Bei der gestern vorgenommenen Vorabstimmung über den Antrag der Rechtsparlei auf Auflösung des Braunschweiger Landtages wurden nach dem bis jetzt vorliegenden Ergebnis ca. 14 000 Ja-Stimmen abgegeben. Nach der Bestimmung müßten von den 200 000 Wahlberechtigten Braunschweigs ein Zehntel für den Antrag sein. Das endgültige Ergebnis der Vorabstimmung dürfte vor heute spät abends nicht zu erwarten sein. Die Wahlbeteiligung war allerorts schwach.

Im Streit erstochen

Essen, 15. Juli. In der Schienhoffstraße wurde ein Arbeiter von einer Anzahl junger Burschen überfallen und erstochen. Als der Bruder des Ueberfallenen diesem zur Hilfe eilte, fielen die Burschen auch über ihn her und brachten ihm so schwere Verletzungen bei, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Die Polizei hat sieben der an dem Ueberfall beteiligten Personen festgenommen.

Die Börse

Berlin, 15. Juli. Die Berliner Bank- und Börsenwelt steht bereits völlig unter dem Eindruck der Vorbereitungen zur Londoner Konferenz. Die gestrige Debatte im Unterhaus hat erneut die Schwierigkeiten befeuchtet, mit denen MacDonald im eigenen Lande rechnen muß. Die außenpolitische Lage, wie auch die innenpolitische Situation Deutschlands, bedingt völlige Geschäftsflosigkeit und Zurückhaltung der Börse. Entmutigend wirken außerdem die fortgesetzt einlaufenden Nachrichten über Stilllegung großindustrieller Betriebe. J. B. jetzt wieder der Firma Heinrich Lang in Mannheim. Die Nachricht, daß das Organisationskomitee für die Goldnotenbank in Berlin ihre Beratungen beendet hat und den Entwurf an die Reparationskommission eingereicht habe, wird zwar von der Bankwelt mit Befriedigung aufgenommen, hat aber auf die Börse keinen besonderen Einfluß. Nachdem die Banque in Kriegsanleihe abgeblüht ist, scheint sich das Interesse der kleinen Spekulanten dem Markt der Staatsanleihen, Industriobligationen und der Pfandbriefe zuzuwenden, da in diesen Papiere aufsehend für die Rechnung der Ausgabenstellen stärkere Rückläufe erfolgen. Die Lage des Gold- und Devisenmarktes ist ebenfalls unverändert.

Berliner Börse		Kassafuß		15. 7.	14. 7.
Mittelpreis von unteren		Deutscher Gold		6	6
Berliner Börsennotizen (Deutscher Reich)		Roth Silbernoten			
Kassafuß in Millionen		Chem. Aktien			
Berliner Anlagenkurse		H. O. in Aktien		8 1/2	7 1/2
1. Staatsanleihe	15. 7. 14. 7.	Anglo Siam		7 1/2	7 1/2
5 Proz. Reichsanleihe	276 192 5	Roh. Kollin		10 1/2	10 1/2
4 Proz. Reichsanleihe	426 288	Roh. Kollin		4 1/2	4 1/2
3 Proz. Reichsanleihe	960 575	Roh. Kollin		8 1/2	8 1/2
Verleihenwerte	19. 7. 18	Roh. Kollin		7 1/2	7 1/2
Schuld.	0.6. 0.625	Roh. Kollin		30.675	29.5
Schuld.	17	Roh. Kollin		2.5	2.6
Schuld.	10 18.125	Roh. Kollin		8	8.625
Schuld.	28	Roh. Kollin			
Schuld.	71 7.375	Roh. Kollin		18.75	18.5
Schuld.	3.8	Roh. Kollin		6.50	6.5
Schuld.	7.3 7.25	Roh. Kollin		6.1	5.8
Schuld.		Roh. Kollin		16	16
Schuld.		Roh. Kollin		12	12
Schuld.		Roh. Kollin		16.5	16.875
Schuld.		Roh. Kollin		3	3.5
Schuld.		Roh. Kollin		8	8
Schuld.		Roh. Kollin			
Schuld.		Roh. Kollin		3.25	3.75
Schuld.		Roh. Kollin		10	10
Schuld.		Roh. Kollin		1.75	1.875
Schuld.		Roh. Kollin		3.85	3.5
Schuld.		Roh. Kollin		4.5	4.4
Schuld.		Roh. Kollin		0.475	0.475
Schuld.		Roh. Kollin		2.4	2.5
Schuld.		Roh. Kollin		1.6	1.6
Schuld.		Roh. Kollin		0.5	0.5
Schuld.		Roh. Kollin		6.675	6.8
Schuld.		Roh. Kollin		0.475	0.575
Schuld.		Roh. Kollin			
Schuld.		Roh. Kollin		1.675	1.625
Schuld.		Roh. Kollin		3.75	3.75
Schuld.		Roh. Kollin		14.9	15.125
Schuld.		Roh. Kollin		3.1	3.1
Schuld.		Roh. Kollin		8.375	8
Schuld.		Roh. Kollin		7	6.625
Schuld.		Roh. Kollin		47.125	47
Schuld.		Roh. Kollin		15.1	15.5
Schuld.		Roh. Kollin		12.75	12.75
Schuld.		Roh. Kollin		20.15	20.75
Schuld.		Roh. Kollin		8.375	10

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Zustandverteilung: Depression 755 Millimeter Zinnland, nordwestliches Russland. Neue Depression 740 Millimeter Atlantischer Ozean, südlich von Island. Hochdruckgebiet 765 Millimeter West- und Mitteleuropa; Kern 767.5 Millimeter Nordwestdeutschland. — Wetterlage: Das Gebiet östlich einer Linie Elmündung bis Sachfen hat heute ihr Einflußbereich der im Rücken der nach Zinnland gewanderten Depression eindrucksvoll Nordwestdeutschland, und weist demzufolge ziemlich kaltes, vorwiegend wolfiges Wetter auf. Im Laufe des morgigen Tages wird Sachfen voraussichtlich in den Bereich der in dem wechlich von und gelegenen Hochdruckgebiet abfließenden Luftströmung zu kommen und demzufolge allmählich Wolkensabnahme und Erwärmung zu erwarten haben. — Wetterprognose auf Sicht vom 15. Juli abends bis 16. Juli abends: Anfangs noch wolfig und kühl, im Laufe des Tages beginnende Aufhellung und Erwärmung abflauende nordwestliche bis westliche Winde.

teft gegen diese Politik auf. Untersignet ist der Aufruf von Eugen, Paul Bourget, Henri Bordeaux, Louis Delis, George Gouan, Gustave Gautherot, Charles Grollan, Henri de Kaufmann, Frederic Plessis u. a.

Rußland auf der Septembertagung des Völkerbundes

Paris, 15. Juli. Nach einer Meldung des „Deuore“ wird auf der Septembertagung des Völkerbundes die Sowjet-Regierung durch Litwinow als Beobachter vertreten sein.

Die brasilianische Revolte

London, 15. Juli. Laut Nachrichten aus Montevideo und Buenos Aires, hat die Revolte auf Sao Paulo übergriffen. Die aufständischen Truppen hielten die Regierungstruppen in Schach. Gegenwärtig findet ein Kampf 37 Meilen von Santos statt. Die einzige amtliche Nachricht besagt, daß die Regierungstruppen die Aufständischen einschließen, sich aber irgendwelchen entscheidenden Schlägen entziehen.

Kein Eintritt Polens in die Kleine Entente

Katowice, 15. Juli. Der polnische Gesandte Dr. Jaber hat nach einer Prager Meldung nach einer Unterredung mit dem südböhmischen Außenminister Rincic anlässlich der Konferenz der Kleinen Entente erklärt, daß von einem Eintritt Polens in die Entente keine Rede sein könne.

Die Industrieobligationen

Die Verhängung über die Industrieobligationen ist, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, inzwischen im großen und ganzen erreicht. Bekanntlich war diese Kommission am meisten mit ihren Arbeiten im Stillstand, nachdem der frühere französische Vorsitzende dem Fortgang der Dinge außerordentliche Schwierigkeiten bereitet hat. Es wurde erst anders, als der neutrale Sachverständige Wallenberg den Vorsitz der Kommission übernahm. Die Regelung bezgl. dieser Frage ist im großen Rahmen auf folgender Basis erreicht. Die Frage ob eine Gesamtanleihe oder Einzelanleihe Platz greifen soll, wurde dadurch gelöst, daß man die Verpflichtungen teilte. Und zwar wurden von den 5 Milliarden Industrieobligationen 4.5 Milliarden auf solidarische Gesamtanleihe, und 500 Millionen auf Einzelanleihe übernommen. Diese Einzelanleihe wird auf die, der nach der Vermögenssteueranleihe von 1923 sich ergebenden 120 größte Betriebe Deutschlands umgelegt, und zwar bis zu 10 Prozent, so daß also eine Ueberforderung durch ausländisches Kapital bei dieser deutschen Betriebe nicht zu befürchten ist. Die Gesamtanleihe für die 4.5 Milliarden wird durch eine besondere Bank verwaltet, in welche die Obligations als Anteile eingebracht werden und die Grundlage bilden für die Vergrößerung. Die Renten und Versicherungssummen werden nicht zu der Deckung, dagegen zu dem etwa 300 Millionen insgesamt jährlich ausmachenden Anleihefonds herangezogen. Diese Regelung unterliegt jetzt noch der Entscheidung durch die zukünftigen Instanzen.

Stillgelegte Betriebe

Mannheim, 15. Juli. Die Firma Heinrich Lang in Mannheim macht ihrer Verleghaft durch Anschlag bekannt, daß sie sich gezwungen sehe, vom nächsten Sonntag an ihren Betrieb stillzulegen und die gesamte Arbeiterchaft von 5 000 Mann zu entlassen. Ebenso soll bis zum nächstfolgenden Termin sämtlichen Beamten beurlaubt werden. Als Grund wird Geld- und Kreditmangel angegeben, dadurch hervorgerufen, daß die Arbeitnehmer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Auch die Autofirma Vugate kündigt an, daß sie morgen zwei Drittel der Verleghaft ebenfalls wegen Geld- und Kreditmangel entlassen muß.

Wroclau, 15. Juli. Die Notlage der schlesischen Eisenindustrie verschlimmert sich weiter. Beim Vorkriegsweh ist der Auftragsbestand seit April dieses Jahres um etwa 60 Prozent zurückgegangen. Man erwägt bereits die völlige Betriebsstilllegung. Beim Gleiwitzer Oberbedarfs sind einzelne Teile des Betriebes stillgelegt. Die Zulußhütte gibt ihr monatliches Defizit auf 200 000 Mark an. Trotz den Protesten der Gewerkschaften wollen die Arbeitgeber eine Lohnherabsetzung um 20 Prozent und Wegfall der Deputatsanleihe durchführen. Die Arbeiter wollen sich an das Reichsarbeitsministerium um Vermittlung wenden.

Eine Neuordnung für die Landwirtschaft

Berlin, 15. Juli. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat dem Reichsminister für den Reichsgewerbesteuererlaubt, auf Antrag von Fall zu Fall eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für die Ausfuhr von Getreidemehl und Abfallprodukten aus Getreide zu erteilen. Der Abfah der genannten Erzeugnisse auf dem Inlandsmarkt ist in den letzten Wochen so außerordentlich schwierig geworden, daß in Anbetracht der ständig wachsenden Notlage der Landwirtschaft, der Mühlen und des Handels eine Abzugsmöglichkeit geschaffen werden mußte. Bei der gewählten Art der Ausfuhrerleichterung ist es möglich, und auch beabsichtigt, das Maß der Ausfuhr zu begrenzen, wenn die Ausfuhr einen bedenklichen Umfang annehmen sollte. Eine Beschränkung, für die jedoch kein Anlaß vorliegt, da die Abfuhrmöglichkeiten für deutsches Getreide und Mehl im Auslande sehr beschränkt sind.

Tagesneuigkeiten

Schwerer Jugunfall in der Schweiz

Bern, 15. Juli. Ein mit Ausflüglern aus Lugano besetzter Zug der Gotthardbahn entgleiste auf der Fahrt nach Domodossola im Bahnhof Masera. Eine Frau wurde getötet, dreißig Personen verletzt. — Ein aus Gländberg, Kanton Solothurn, nach Weigoldswil fahrendes Lastautomobil, das mit zehn Personen besetzt war, zertrümmerte beim Ueberfahren einer Brücke das Eiseneländer und stürzte in den Fluß. Die Insassen wurden etwa fünfzehn Meter weit fortgeschleudert. Eine Frau ist tot, sechs Personen wurden verletzt.

Großfeuer in einer Baumwollspinnerei

In der Baumwollspinnerei in Weisse entstand wahrscheinlich infolge Verunfallens einer Maschinenwelle ein Brand. Die großen Anlagen standen bald in Flammen und brannten im Verlaufe einiger Stunden nieder. 200 kostbare Maschinen und ein großes Lager Baumwolle fielen den Flammen zum Opfer. Dagegen gelang es, das Maschinenhaus und die Viehställe zu retten. Der Schaden beträgt zirka zweieinhalb Millionen Kronen. Durch den Brand werden etwa 300 Arbeiter beschäftigungslos.

Unwetter in Berlin

Der heftige Gewittersturm, der am Sonnabend in Berlin einwirkte, hat eine Reihe von Unglücksfällen verursacht. In Köpenick wurde an der Ecke der Berliner und Wenzelsstraße die Ehefrau Feiona Klau von einem vom Sturm umgerissenen Baum erschlagen, sie wurde getötet und so schwer verletzt, daß sie im Kreisstranzenhaus Köpenick ihren Verletzungen erliegen ist. Am Schloßparkrestaurant Pantow entzündete der Defak eine alte Fische, die glücklicherweise bei ihrem Sturz keinen Schaden anrichten konnte, da die zahlreich anwesenden Besucher des Gartens vor dem Unwetter in die Säle geflüchtet waren. Der 60 Jahre alte Inhaber des Restaurants, Adolf Schüller, langjähriger Vorpresident der Panower Gastwirtelinnung, erlitt jedoch beim Zusammenstürzen des riesigen Baumes vor Aufregung einen Herzschlag, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. — Bei dem Pfaffenbrunnengarten, den die Freischüler in der Umgebung Berlins bei der herrschenden unerträglichen Hitze zu besuchen hatten, ereignete sich eine ganze Reihe mehr oder minder schwerer Unfälle. Am Wannsee mußten die Mannschaften der freiwilligen Sanitätskolonne wiederholt zur Hilfeleistung bei Hitzschlägen und Ohnmachtsfällen in Aktion treten. In den Waldhöfen in der Nähe der Wannseebäder herrschte zeitweise ein derartiges Gedränge, daß zahlreiche Personen, insbesondere Frauen und Kinder, Ohnmächtig wurden.

Die Pest in Griechenland

Konstantinopel, 15. Juli. Nachrichten aus Griechenland zufolge soll dort durch Schiffe vom Schwarzen Meer her die Pest eingeschleppt sein. Türkische Zeitungen melden zwei Fälle aus Cavalla und achtzehn aus Patras. Die griechischen Behörden haben strenge Abwehrmaßnahmen ergriffen. Der Piräus und Saloniki sind frei.

Hundert Häuser eingestürzt

Waldendorf (Tschschowowakel) wurde durch eine ungeheure Feuersbrunst eingestürzt. Hundert Häuser der Ortschaft wurden vollständig zerstört, nur die Kirche und ein kleiner Stadtteil blieben verschont. Eine Frau, zwei Kinder und eine große Anzahl von Haustieren sind in den Flammen umgekommen.

Schadenbrand

Aus Stade wird telegraphiert: In Graepel brach aus noch unbekannter Ursache in einem Schuppen Feuer aus. Infolge des herrschenden Sturmwindes verbreitete sich das Feuer mit rasender Schnelligkeit. Ehe die herbeigerufenen Feuerwehre wirksam eingreifen konnte, waren zwei Wohnhäuser und sieben Scheunen dem Feuer zum Opfer gefallen. Drei weitere Wohnhäuser, auf die das Feuer übergegriffen hatte, konnten gerettet werden. Der Schaden ist beträchtlich, zumal das ganze Warenlager eines Kaufmanns mitverbrannte. Auch die gesamten Feuerrenten fielen den Flammen zum Opfer.

Automobilreise Berlin-Teheran

Die Teilnehmer der Automobilreise Berlin-Teheran haben Konstantinopel wohlbehalten erreicht. Die großen Wagen, die deutsche und türkische Aufschriften trugen, erregten, als sie um sieben Uhr abends die Prastraße durchfuhren, erhebliches Aufsehen.

Die amerikanischen Weltflieger sind in Konstantinopel

zwei Stunden, bevor die telegraphische Nachricht von ihrer Abfahrt aus Bagdad eintraf, angekommen.

Ein neues Kernbeben

Freitagabend wurde von den Apparaten der Hamburger Observatorium für Erdbodenforschung wieder ein außerordentliches Erdbeben in etwa 6100 Kilometer Entfernung in östlicher Richtung registriert. Die Ausdehnung, die um 8.53 Uhr einwirkte, läßt wie bei dem Beben vom 3. Juli in gleicher Entfernung auf einen Herd in Innerasien schließen.

Immer neue Autounfälle

Am Sonnabendabend gegen 8 Uhr passierte ein mit vier Personen besetztes Auto in der Richtung nach Leipzig die Kreuzung der Wittelsberg- und Leipziger-Wegener-Straßen mit mittlerer Geschwindigkeit, als plötzlich an der Straßenecke ein Lastkraftwagen auftauchte, dem auszumweichen nicht mehr möglich war. Das Lastkraftauto fuhr mit großer Gewalt dem Personenauto direkt in die Flanke und ramnte es vollständig, so daß der Personenauto in Trümmer zerfiel. Die Insassen wurden durch den Anstoß heraufgeschleudert, eine Dame erlitt dabei einen doppelten Schädelbruch, der Besitzer des Autos zog sich eine Verletzung des Schultergürtels zu. Die beiden anderen Insassen kamen glücklicherweise mit leichten Schrecken davon. — Ein weiteres Autounfall hat sich am Sonntag des Ortes Dittersdorf zugetragen. Von einem aus der Richtung Schleiß kommendes Auto plachte der Fahrer. Die Insassen wurden, da sich der Wagen überschlug, sämtlich heraufgeschleudert. Der Fahrer des Wagens, eine Dame und ein Kind kamen mit dem Schreck davon. Ein anderes fünfjähriges Kind erlitt einen Schädelbruch. Ein 15jähriger Schüler trug eine Gehirnerschütterung davon. Ein junger Mann und ein älterer Herr erlitten schwere Kopfverletzungen.

Automobilunglück in der Tschschowowakel

In der Gegend von Salontarjan stürzte ein Kraftwagen mit vier Mitglieðern der Grenzkommission in einen Graben, wobei die vier Insassen, hohe tschschowowakische Beamte, teilweise schwer verletzt wurden. Der Chauffeur wurde verhaftet, weil das Unglück durch seine Invorsichtigkeit erfolgte.

Schwere Auslandsstrafe für einen Hochverräter

Der 5. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den 61jährigen Braunerhauer Wilhelm Schönbauer aus Obnabrück wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz und wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu sechs Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Angeklagte, der bereits erheblich vorbestraft ist, hat im Herbst 1923 in seiner Wohnung in Obnabrück auf Veranlassung der SPD Bomben mit einer Sprengwirkung von 30 Meter im Umkreis angefertigt. Bei der Hausdurchsuchung wurden große Mengen Sprengstoffmaterial und auch eine Anzahl fertige Bomben gefunden. Der Angeklagte war geständig.

Raubüberfall im D-Zuge

In dem vormittags gegen 10 Uhr von Frankfurt abgehenden D-Zuge nach Basel wurde vor einigen Tagen, wahrscheinlich zwischen den Stationen Offenbach und Appenweller auf eine Dame ein Raubüberfall verübt. Ein etwa 25 bis 30jähriger Mann in Frauenkleidern verführte die Dame mit einem süßlich riechenden Mittel zu be-

Die Neugegestaltung der mitteleuropäischen Bündnispolitik

Zur Prager Konferenz der Kleinen Entente

Von Dr. Eugen Lantsche (Wien)

(Nachdruck verb.)

Die Mitte Juli in Prag stattfindende Konferenz der Kleinen Entente läßt den großen Umschwung in der europäischen Politik erkennen, der seit dem Regierungsantritt der MacDonald- und Herriot eingetreten ist. Man ist sich heute über den Begriff der Großen Entente schon nicht ganz im Klaren; umso unklarer ist die politische Zukunftseinstellung der Kleinen Entente, die ja stets nur — trotz gelegentlicher Betonung der politischen Autonomie — vom Schrittmacherium der Pariser und Londoner Machthaber ihre Impulse bezogen hatten. Insbesondere die Tatsache, daß Linkeorientierte, sohin wenigstens äußerlich pazifistisch eingestellte Parteien in Paris und London die führende Rolle spielen, läßt die durch die Friedensverträge neuentstandenen Kleinstaat an der mittleren und unteren Donau um so unsicherer in die Zukunft blicken, als deren Außen-, zum Teil auch Innenpolitik ja auf einer dauernden politischen Niederhaltung Deutschlands, beziehungsweise Oesterreichs und Ungarns aufbaut ist.

Das Lebensinteresse der vorerwähnten Staaten, — hierzu gehören die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Polen, — heißt, auf eine gemeinsame Formel gebracht, Aufrechterhaltung der Friedensverträge. Eine Bedrohung dieses Status quo wird befürchtet von einem politischen Wiedereerstehen Deutschlands und Oesterreichs; diese äußerliche Bedrohung ist aber noch immer viel fernliegender und ungefährlicher, als die von innen heraus entstandene Gefahr. Die innere Entwicklung dieser neuen Staaten, von denen sich vor Jahren schon drei zur sogenannten „Kleinen Entente“ zusammengefunden haben, hat Bahnen eingeschlagen und Zustände geschaffen, die allen Grundgesetzen nationaler Selbstbestimmung, wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und schließlich auch moralischen Keimlichkeitsgesetzes geradezu ins Gesicht schlagen.

Was zunächst die nationalpolitische Seite betrifft, so finden wir, daß an Stelle des ganz fälschlich als „Bücherherd“ bezeichneten Oesterreich-Ungarn eine Einheit von Staatsgebilden getreten ist, in denen eine knappe nationale Mehrheit, ja vielleicht sogar eine Minderheit dank eines verfallenen Wahlsystems oder überhaupt kraft der Majorität über national nichtzugehörige Teile der Staatsbürgererschaft eine drückende Hegemonie ausübt. So in der Tschechoslowakei die Tschechen über Deutsche, Slowaken und Magyaren, in Jugoslawien die Serben über Kroaten, Slowenen und Mohammedaner, in Rumänien die Rumänen der Walachen über die Neumünner (in Siebenbürgen, Bukowina und Bessarabien), über die Szekler und Magyaren. Während in Oesterreich-Ungarn die politisch kaum fähigere Hegemonie der Deutschen, beziehungsweise Magyaren den kulturell minder entwickelten Slawen und Romanen eine wirtschaftliche und kulturelle Erziehung vermittelt hat, ohne welche man im östlichen Mitteleuropa heute noch auf dem Niveau Albanien oder Mazedoniens halten würde, während sich in der habsburgischen Monarchie Millionen deutscher Kolonisten gewissermaßen als „Kulturbringer“ für andere Nationen verbrachten, finden wir heute in Prag, Belgrad und Bukarest ein System großer politischer Unterdrückung jener Volksteile aufrecht, die in Wahrung ihrer kulturellen Eigenart allen Entnationalisierungsbestrebungen den größten Widerstand entgegenstellen.

So finden wir überall politische Spannungen, die einer Konsolidierung der neuen Staaten abträglich sind. Große Teile der deutschböhmisches Bevölkerung lehnen die tschechoslowakische Staatsidee grundtätig ab; dies gilt auch von den Slowaken, die wiederholt zu Aufstandsaktionen gegen das Prager Regime griffen. In Jugoslawien ist die — aus tatsächlichen Gründen vorübergehend gemilderte — Ablehnung der Staatsidee durch die Kroaten bekannt. Auch in Rumänien gibt es starke Gruppen von Walachonten, nicht in letzter Linie unter den ehemals zu Oesterreich-Ungarn gehörigen Rumänen, die ja durch die Angleberung an das Königreich Rumänien einen kulturellen Fall erlitten haben. Verstärkt wird dieses allgemeine politische Unruhelement noch durch die natürliche Anziehungskraft, die die gegebenen politischen Mittelpunkte, für die Donaufürstentümer, nämlich Wien und Bukarest, ausüben.

Dazu kommt noch die wirtschaftliche und moralische Auswirkung der durch die Friedensverträge gegebenen Balkan-

isierung Mitteleuropas, welche gerade in letzter Zeit besonders scharf in Erscheinung tritt. Die Zerstückelung des österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes hat gerade der Volkswirtschaft der kleinen „Siegerstaaten“ schwerste Wunden geschlagen. In der Tschechoslowakei herrscht Stagnation. Der 1920 abgeschlossene französisch-tschechische Handelsvertrag hat in Prag allgrößte Enttäuschungen hervorgerufen, in Rumänien, einem der an Bodenschätzen reichsten Länder Europas, eine wirtschaftliche Verwirrung, die im Währungsverfall ihren Ausdruck findet. Weiter hat die politische Mündigkeitserklärung der hierzu noch unreifen Völker auch in moralischer Beziehung Balkanstaaten aufgebracht. Die Demokratisierung ergab eine weitgehende Schwächung der Autorität und damit zugleich des Verantwortlichkeitsgefühls der Staatsbeamtenerschaft. Alle diese Erscheinungen in ihrem Zusammenhange ergeben eine weitgehende Unzuverlässigkeit mit dem heutigen Regime nicht nur bei denjenigen Volksgruppen, die dem herrschenden „Staatsvolk“ fremd oder feindlich gegenüberstehen, sondern auch in weiten Kreisen des betreffenden Staatsvolkes selbst, wie die zeitweilig zunehmende Linkeorientierung der Wählerschaft in den Nachfolgestaaten beweist. Man zieht Vergleiche mit früheren, glücklicheren Zeiten, die stets zu ungunsten der heutigen Zustände ausfallen. Hierin liegt die Hauptgefahr für die heutigen Machthaber in Prag, Belgrad und Bukarest. Und diese Hauptgefahr zu bannen, ist der Hauptzweck der Bündnispolitik jener Staaten.

Diese Bündnispolitik ist aber seit jeher unter der Rivalität der einzelnen Glieder der Großen Entente, an die sich ja die ehemals feindlichen Nachfolgestaaten naturgemäß anschließen suchten. Frankreichs Politik war lange Zeit hindurch zweideutig, da Briand beispielsweise die Idee einer Donaufürstentümer unter habsburgischer Führung mit Gesicht gegen die politischen Autonomiebestrebungen der Kleinen Entente auszuspielen verstand. Italien wiederum sah in Jugoslawien einen gefährlichen Nachbar an der Adria und näherte sich deshalb Ungarn in einer Intimität, die beispielsweise Oesterreich bei der Aufstellung des Burgundlandes mit dem Verluste Oedenburgs bezahlen mußte. Später, unter dem Einfluß Poincarés, schlug die französische Politik etwas um, sie suchte engere Beziehungen mit den Tschechen; so kam es 1922 zum größtenteils geheim gebliebenen französisch-tschechischen Militärvertrag mit seiner ausgesprochenen Spitze gegen Deutschland, ein weiterer Programmpunkt dieses Vertrages war die Verhinderung des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland. Die Folge dieses Vertrages war eine gewisse Verstimmung in London und Rom.

Der diplomatische Gezenzug war die im Frühjahr 1924 zu Standegekommene Verständigung zwischen Italien und dem Königreiche S. S., einer der bedeutendsten Wendungen in der diplomatischen Geschichte der letzten Jahre, eine Wendung, deren Ursprung damals dunkel geblieben ist. Diese Verständigung löste wiederum eine Annäherung der Tschechoslowakei an Italien aus, die einen Beitritt der Tschechoslowakei zum italienisch-jugoslawischen Abkommen, der Form nach allerdings nicht genau umschrieben, zum Gegenstand hatte, und der Mitte Mai 1924 gelegentlich der Komreise Dr. Beneš auch zum Teil erzielt wurde. Es ist kein Zweifel, daß das in jüngster Zeit scharfer formulierte Abschwenken Tschechiens und Jugoslawiens von Frankreich weg zu Italien hin ein Ausfluß mangelnder Zuversicht in die damals schon erschütterte aggressive Kontinentalpolitik Frankreichs war.

Die Juli-Konferenz der Kleinen Entente zu Prag wird sich endgültig mit der Frage auseinandersetzen müssen, inwieweit der innerpolitische Umschwung in Paris und London die außenpolitische Einstellung der Kleinen Entente namentlich gegenüber Deutschland, zu mobilisieren hat. Es ist kein Zweifel, daß sich die zu einer weitgehenden Verständigung gegenüber Deutschland mahnenden Stimmen mehrten. Man will in Prag, Belgrad und Bukarest außenpolitisch möglichst entlastet sein. Man rechnet auf der einen Seite zweifelsohne mit einem Wiedereerstehen Deutschlands; auf der anderen Seite ist man in allen Staaten der Kleinen Entente mit inneren Sorgen überhäuft. Ein gewisser pazifistischer Grundzug wird sich daher auf der Prager Konferenz geltend machen.

— **Ein Mensch ertrunken.** Aus Götterburg wird gemeldet: Ein mit sechs jungen Leuten besetztes Motorboot, das anscheinend überlastet war, henteerte; alle Insassen fanden den Tod. — Ein gleichfalls mit sechs jungen Burken besetztes Fischerboot sank; von den Insassen konnte nur einer gerettet werden.

— **Der erste Abflug eines Passagier-Fliegers von der Straße einer Stadt.** Der durch seine Landung in Berlin unter den Linden bekannte Pilot Raab, flog am 12. Juli nachmittags vor dem Haupttor der Friedrichs-Georgs-Platz-Fliegerstation in der Körnerstraße in Kassel nach kurzem Start zu einem Rundflug über Kassel auf und landete später flach vor der neuen Flughalle in Kassel-Balden. Dies ist der erste gelangene Abflug eines Passagier-Fliegers von der Straße einer Stadt.

— **Drohendes Aussterben der Gemfen in den Österreichischen Alpenländern.** In Gmunden fand eine von der städtischen Landbesitzverwaltung einberufene Versammlung statt, um über Maßnahmen gegen das drohende gänzliche Aussterben des heimischen Gemswildes infolge der sehr stark auftretenden Gemswilderei zu beraten. Die Gemswilderei ist von Gmunden her bereits bis ins Salzammergut, dem hervorragendsten Jagdgebiet der Alpenländer, bis zum Anlauf der Traun und der Ischl vorgedrungen, so daß in diesen Gegenden der Gemswildbestand bereits einen ganz bedeutenden Schaden erlitten hat.

— **Der Goldschmied im Hofen.** Dem Krankenhanse einer ostfriesischen Stadt wurde ein schwer an Lungenerkrankung erkrankter Mann zugeführt. Er hatte einen kleinen Goldschmied bei sich, den er unter seinem Kopfschiff verbar. Der Mann wurde umgebracht, die Schenker wollte den Mann mit in das andere Zimmer nehmen. Aber sie ließ ihn fallen, und 1000 Mk. in goldenen Zehnmarskfäden lagen auf der Erde. Der Sterbende vernachte die Summe der Kirche. Aber man wußte ihn zu bestimmen, daß er in einem neuen Testament das Geld dem Krankenhanse zuwandte. Dies er erfüllte die Sterbende erhalten hatte, ließ die Stadt das Geld gerichtlich für sich beschlagnahmen. Aber die Stadt hatte mit dem Geld auch kein Glück; denn das Finanzamt beanpruchte es für sich zur Befriedigung von Steuerforderungen.

— **Gründung der Polizei-Hausausstellung.** Am Donnerstag fand die Gründung der Polizei-Hausausstellung in Danzig-Löppel durch den Danziger Senatspräsidenten Sabm im Jockeier Museum statt. Darauf erfolgte unter Führung des Geschäftsführers der Ausstellung, Kriminal-Oberkommissar v. Volzheim, ein Rundgang durch die Ausstellung. Diese ist in zwei Abteilungen gegliedert, deren erste die Mittel zur Verhütung von Verbrechen und die zweite die Mittel zur Ermittlung des Verbrechens umfasst. Reiches Ausstellungsmaterial ist u. a. geschildert worden von den Polizei-Präsidenten Berlin, Danzig, Königsberg, München, Stuttgart und Warschau, sowie von vielen Firmen der Privatindustrie. Im Zusammenhang mit der Ausstellung beginnt morgen die internationale Polizeikonferenz.

läuden, um sie dann zu berauben, er wurde aber, da die Reisende nicht sofort einschiel, an seinem Vorhaben gehindert und verschwand dann. Bis jetzt konnte der Eisenbahnräuber nicht ermittelt werden.

— **Raubüberfall auf einen Lastwagen.** Ein großer Raubüberfall wurde in Halle bei Tagen i. B. ausgeführt. Der Lastwagen, der einen Gelbtransport von 15000 Rentenmarken zu bringen hatte, wurde an einer wenig begangenen Stelle innerhalb der Stadt von zwei motorisierten Männern überfallen und zu Boden geschlagen. Die Täter flüchteten mit der Beute. Der Ueberfallene lief sofort zu seinem Werk, dessen Arbeiter sich zur Verfolgung aufmachten. Im Verlauf des Verhaftens flüchteten die beiden Banditen in die Wohnung des kommunistischen Stadtverordneten Brenden. Das Haus wurde mit Hilfe der Schupo umstellt und die beiden Räuber aus ihrem Versteck herausgeholt. Man hatte Mühe, sie vor der Lynchjustiz der Menge zu bewahren.

— **Der tödliche Raubmord.** Im Walde der Umgebung von Berchtesgaden fand man die Leiche des Studenten Dr. Johann Mark, der von Unbekannten durch einen Kopfschuß getötet worden war. Die Uhr und den Brillenring hatte der Mörder seinem Opfer gelassen, dagegen fehlen die Legitimationspapiere und eine Brieftasche mit etwa 100 Mark. Dr. Mark, der in Berlin wohnt, weilte mit seiner Gattin zur Erholung in Berchtesgaden.

— **Eine ganze Fabrik ausgeräumt.** Ein großer Fabrikeinbruch wurde in Berlin in einem Hause der Adlerstraße verübt, in dem ein Großschlichter eine Fleischwarenfabrik betrieb. Wegen Krankheit schloß er fälschlich vorübergehend diesen Betrieb, um eine Kur zu machen und beschränkte sich auf sein Geschäft in der Gontardstraße. Während dieser Zeit räumten Einbrecher die ganze Fabrik aus. Sie stahlen das gesamte Handwerkszeug für den großen Betrieb, darunter einen Kupferkessel für 16 Zentner Inhalt, 3 Wurstfüllmaschinen für je 60 Pfund Inhalt, einen 10-P-S-Elektromotor, 2 große Waagemesser und 12 fast neue Treibriemen. Von den großen Maschinen, die sie ihrer Schwere wegen nicht ganz wegnehmen konnten, schraubten sie alle Metallteile ab, um sie mitzunehmen.

— **Die Raube des durchgefallenen Gymnasialisten.** In der Stadt Oranien (Rumänien) konnte ein an und für sich nicht unbegabter und fleißiger Schüler des dortigen Gymnasiums nicht verhaftet werden, da seine Leistungen in der lateinischen Sprache nicht genühten. Das schlechte Zeugnis, das ihm sein Professor ausgehändigt hatte, versetzte den Gymnasialisten in eine solche Wut, daß er beschloß, den Professor zu ermorden. In diesem Zweck ließ er sich in die Wohnung des Professors und legte unter das Bett eine Dynamitbombe. Wenige Stunden später explodierte die Bombe; aber der Professor war nicht zu Hause, die ganze Wohnung war leer. Die Explosion zertrümmerte die gesamte Wohnungseinrichtung. Der Schüler wurde verhaftet.

Das Auswärtige Amt

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes weist, entsprechend der Kürzung des Gesamthaushalts, ebenfalls eine erhebliche Verminderung der Ausgaben auf. In diesem Etat kommt deutlich die Beschränkung zum Ausdruck, die sich Deutschland nach dem verlorenen Kriege in seinen Beziehungen zum Auslande auferlegen muß. Immerhin ist die außenpolitische und diplomatische Tätigkeit des Reiches auch heute noch stark verankert, was sich insbesondere aus den jetzt noch bestehenden Vertretungen des Reiches im Auslande ergibt.

Die Einnahmen, die das Auswärtige Amt hat, sind sehr begrenzt. Sie stellen aber doch einen beträchtlichen Anteil an dem Gesamthaushalt dar; sie betragen sich im ganzen auf etwa 26 Millionen bei 37 Millionen Mark Ausgaben, so daß knapp 11 Millionen Zuschuß erforderlich sind.

Den Hauptteil der Einnahmen des Auswärtigen Amtes machen die Gebühren aus, die von den Gesandtschaften und Konsulaten erhoben werden; sie betragen sich allein auf eine Summe von 25,7 Millionen, dazu kommen Gebühren für die bei dem Auswärtigen Amt ausgetretenen Reisepässe mit 20.000 Mark. Der gleiche Betrag wird für Einnahmen aus dem Nachrichtendienst berechnet. Daneben erbringt der staatliche Beitrag von 400 Mark als Erlös aus dem Verkauf eines zum Gesandtschaftsbezirk in West-Afrika gehörigen Geländestreifens. Es handelt sich hier um einen schmalen, an der breitesten Stelle nur 30 Meter breiten Landstreifen, der für die Gesandtschaft wertlos ist, da er von den äthiopischen Reichsbetrieben durch eine Fahrstraße getrennt ist. Die 400 Mark sind eingenommen als Gegenwert des Verkaufs von zweihundert Maria-Theresia-Talern. Eine beim Auswärtigen Amt besonders eingerichtete Reichsstelle für Nachlässe und Nachforschungen im Ausland verzeichnet etwa 14.000 Mark an Gebühren-Einnahmen.

Demgegenüber stehen nun die Ausgaben, und zwar fortwährend in Höhe von 34,4 Millionen. Sie werden vorwiegend beansprucht durch die Besoldungen. Das Auswärtige Amt hat einen Reichsminister, der neben seinem Gehalt von etwa 30.000 Mark jährlich eine Entschädigung von 1800 Mark erhält; ferner einen Staatssekretär und 6 Ministerial-Direktoren. Dazu kommen 34 Vortragende Legationsräte, 18 Legationsräte 1. Klasse, 40 Legations- und Regierungsräte als Referenten, 136 Ministerialbeamten, worunter sind die Gelehrten-Abteilung, dann 13 Regierung-Charakteristen, 9 Regierungs-Inspektoren, 73 Oberreferenten-Sekretäre, 40 Ministerial- und Kanzlei-Sekretäre und Kanzlisten, 6 Referenten, 30 Amtsbegehren und 35 Amtsgehilfen. Die Kosten für dieses Personal belaufen sich auf 18 Millionen jährlich, sind also sehr knapp gehalten.

Zum Auswärtigen Amt gehört auch die Vereinigte Presse-Abteilung der Reichsregierung; sie wird von einem Ministerialdirektor geleitet, dem zur Seite stehen 3 Vortragende Legationsräte, 3 Legationsräte 1. Klasse und 3 Oberreferenten, 8 Legationsräte als Referenten nicht zugehörig, ein Ober-, mittlerer und unterer Personal. Die Presse-Abteilung beansprucht jährlich 26.000 Goldmark für die Besoldung.

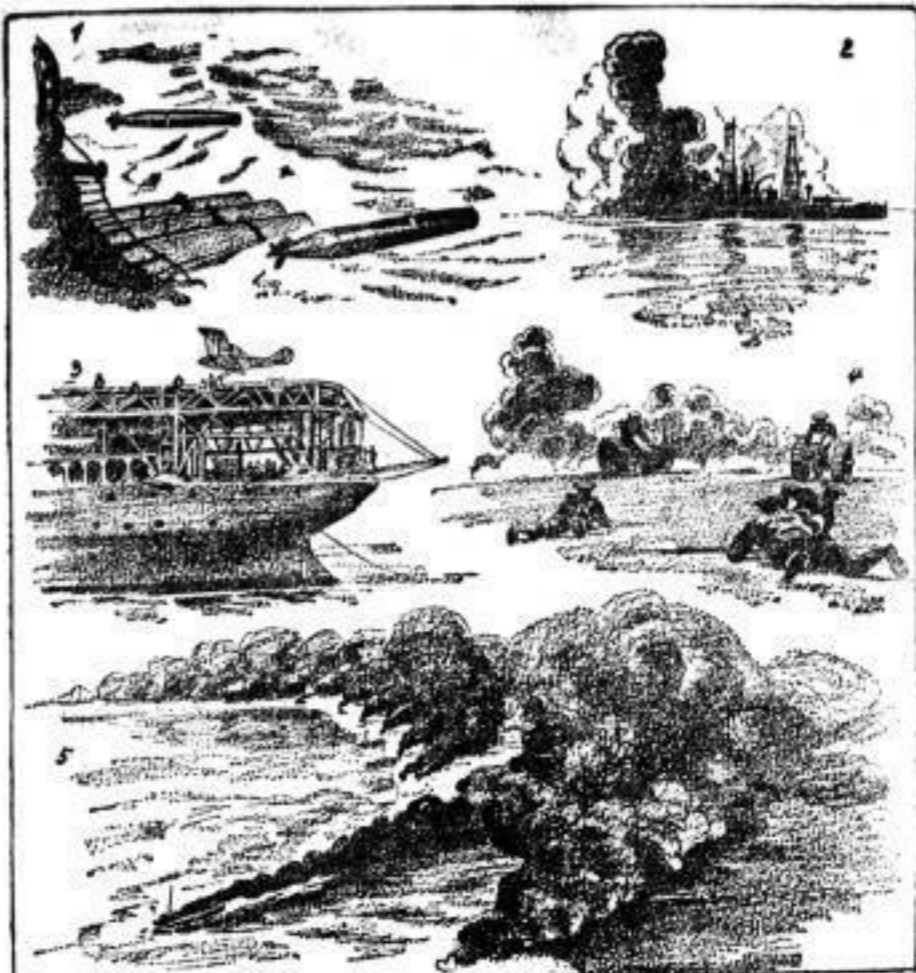
Mit diesen obengenannten Beamten allein kann indessen das Auswärtige Amt seine Aufgabe nicht durchführen, und so fordert der Reichshaushalt weiter einen Betrag von etwa 1/2 Million für Hilfsleistungen für beamtete und einen Betrag von etwa 800.000 Mark für Hilfe durch nicht beamtete Kräfte. Dazu gehört insbesondere der Referenten- und wissenschaftliche Hilfsdienst, der Büro-, Kanzlei-, Drucker- und Hausarbeiterdienst.

Diese persönlichen Ausgaben beanspruchen insgesamt 2,5 Millionen Goldmark.

Dazu kommen nun für die sachlichen Ausgaben weitere etwa 2 Millionen Goldmark, die für die Geschäftsbedürfnisse, die Bewirtschaftung der Grundstücke, die Kurierkosten und für Post-, Telegramm- und Fernsprechkosten usw. entfallen. Auch ein Betrag von etwa 1/2 Million Mark für sachliche Ausgaben der Vereinigten Presse-Abteilung der Reichsregierung ist in dieser Summe enthalten.

Das eigentliche Schaftensgebiet des Auswärtigen Amtes wird indessen erst erschlossen, wenn man sich Rechenschaft gibt über die diplomatischen Einrichtungen des Reiches, die die Aufnahme, den Verkehr mit dem Auslande zu regeln. Diese diplomatischen Anlagen des Reiches, die Gesandtschaften und sonstigen Vertretungen sowie die Konsulate, beanspruchen gegenwärtig an persönlichen Ausgaben insbesondere für Besoldungen, einen Betrag von etwa 4 Millionen. Sachliche Ausgaben, die in der Hauptsache aus Post-, Telegramm-Gebühren und Unterhaltungskosten für die Gebäude, die zusammengefaßt, belaufen sich auf 3,3 Millionen, so daß die diplomatischen Einrichtungen insgesamt knapp 16 Millionen Mark dem deutschen Volke kosten. Dazu tritt allerdings ein weiterer Betrag von etwa 13 Millionen Mark, in welchem Kosten für Sonderaufträge mit etwa 1,4 Millionen, geheime Ausgaben mit etwa 4 Millionen haariert, während die übrigen Ausgaben vorwiegend für kulturelle Zwecke Verwendung finden. Allein für die Pflege humanitärer und wissenschaftlicher Einrichtungen im Auslande sind 3 Millionen Mark im Etat eingelegt, ferner 205.000 Mark zur Unterstützung und Beihilfe für Deutsche im Auslande. Weiterhin 60.000 Mark für Pflege und Instandhaltung von Kriegsgräbern im Auslande, sodann 1,5 Millionen für Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Auslande, zu denen eine weitere halbe Million für Förderung des Nachrichtenwesens im Inlande hinzukommt. Die weiteren Mittel dienen als Unterstützung für das Archäologische Institut und dessen Sekretariate in Rom und Athen, zur Förderung der Römisch-Germanischen Altertumsforschung in Deutschland und der Altertumsforschung in Klein-Asien. Ferner für Unterstützungen des Deutschen Instituts für Vorgeschichte in Paris usw.

Die einmaligen Ausgaben des Auswärtigen Amtes sind für das laufende Jahr mit etwa 2,5 Millionen Goldmark bemessen;



Amerika rüstet!

Der Konflikt der Vereinigten Staaten mit Japan, über die Einwanderungsfrage leitet den Blick auf die Machtverhältnisse der Nationen, und zwar besonders auf die Seemacht. Aus diesem Grunde wird eine erhebliche Verhärtung der Befestigungen des Panamakanals betrieben, auf die man den ersten Angriff eines pazifischen Gegners vermag. Die Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten sind auf die modernste Technik eingerichtet. Besonders hoher Wert wird auf die Entwicklung und Verwendung des Flug-

zeuges gelegt, und zwar zur Aufklärung wie zum Bomben- und Torpedo-Angriff. Unsere Bilder stellen folgende Einzelheiten dar: 1. Torpedo-Langierbestellung des Schlachtschiffes „Selldig“, 2. Die Wirkung der neuen amerikanischen 20-Zentner-Fliegerbomben, 3. Ein Flugzeug-Wattereschiff, 4. Tanks als Hilfsmittel der Infanterie, 5. Moderne Fliegerabwehr: künstliche Rauchentwicklung, durch die sich die Kriegsschiffe feindlichen Fliegerangriffen entziehen.

unter ihnen stehen die Kosten der Schiedsgerichtshilfe mit 1,7 Millionen an der Spitze. Weiter werden von diesem Titel bestritten die Kosten für die Wiederherstellung des ehemaligen Volkshausgebäudes in Petersburg, das bei Kriegsausbruch zerstört wurde, mit etwa 50.000 Mark. Ferner die Wiederherstellung des Volkshausgebäudes in Tokio, das durch das jüngste Erdbeben stark beschädigt wurde, mit etwa 70.000 Mark. Für den Erwerb eines Volkshausgebäudes in Rom und zwar beim Quirinal, also bei der italienischen Regierung, sind 313.500 Mark eingelegt. Die Instandsetzung der Volkshausgebäude in Konstantinopel erfordert 110.000 Mark. Weiter verlangt der Etat einen Betrag von 50.000 Mark als ersten Teilbetrag für den Erwerb eines Gebäudes für das Generalkonsulat in Memei.

Die starken Beschränkungen, die die Förderung großer kultureller Aufgaben angesichts der finanziellen Notlage des Reiches erfahren mußten, ergaben sich aus dem Umstand, daß eine ganze Reihe der bisher reichsweit gewährten Beiträge für solche Zwecke in Wegfall gekommen sind, so unter anderem für die zoologische Station des Professor Dohrn in Neapel, sowie für die gleiche Station in Rouigno, ferner die Beihilfe für das wirtschaftliche Auslands-Nachrichtenswesen des Auswärtigen Amtes, sowie die Beiträge zu den Kosten der Herausgabe völkerrechtlicher Urkunden über den Weltkrieg und den Friedensschluß und endlich die Kosten für Herausgabe von Dokumenten über die Vorgeschichte des Krieges.

Säcularisches

Die römischen Kommunionskinder bei Papst Pius XI.

Der „K. B.“ entnehmen wir folgende Schilderung: Am Nachmittag des 6. Juli erschienen im Vatikanische des Papst 2000 Kommunionskinder der römischen Pfarren, begleitet von ihren Pfarrern, Ordenspersonen, vor dem heiligen Vater. Um 6.30 Uhr stieg der Papst von seinen Gemächern aus in den Vatikanhof, wo für ihn ein Thron errichtet war. Pius XI. war begleitet von dem Erzbischof von Philippinen, Palico, von dem Bischof von Santo Spirito, Alves de Souza und dem Bischof von Campinas (Brasilien), de Campos Vareto.

Erzbischof Palico stellte mit kurzen Worten die Kommunionskinder, Knaben und Mädchen, dem Papste vor. Sie stellten zu den Füßen des gemeinsamen Vaters erschienen, um seinen Segen als Unterpfand der Beharrlichkeit im Glauben zu empfangen.

Der hl. Vater hielt darauf eine längere Ansprache, welche alle Erzhöflichen tief ergriß. Er. Heiligkeit führte folgendes aus: Das Erscheinen dieser Kleinen ist wie ein Sinnbild aus dem Paradiese. Wir erinnern, fuhr der Papst fort, an jene Stelle der hl. Schrift, wo der heilige Johannes, der Lieblingsjünger Jesu, eine auserwählte Schar, eine Schar ausgezeichnet vor allen dort oben im Himmel sieht, ganz weiß, welche dem

göttlichen Lamm folgt, wohin es geht. So glauben wir, sagte der Papst, in euch jene Erscheinung zu sehen, jene auserwählte Schar in weißen Gewändern. Auch wenn einer nicht mehr jenes weiße Gewand hätte, sehen wir ihn nahe folgend dem Eucharistischen Lamm, und wir sehen lächelnd vor Freude den Himmel und alle Heiligen. So sehen wir auf euch sich ausziehen die Freude eurer Väter und eurer Mütter, aller, die euch teuer sind und welche euch begleitet haben, persönlich oder im Geiste zum ersten Male zum Tische des Herrn. Und wir schauen droben die Freude eurer Schutzengel, welche den Auftrag haben, euch zu behüten und euch zu dem göttlichen Heilande zu führen. Und erhaben über alles schauen wir auf das freudestrahlende Herz des Messias, der sich über euch erhebt, der sich auf dem Altare verbirgt und welchen wir dort empfangen in der erhabenen Herablassung der göttlichen Liebe.

Das göttliche Lamm ist zu euch gekommen in dem Geheimnisse des hochheiligen Altarsakramentes. Euer leiblichen Augen haben es nicht gesehen, aber alle haben in ihrem Innern etwas Göttliches gefühlt. Ihr habt empfunden, daß jener Augenblick nicht wie ein anderer war, ihr habt wahrgenommen, wie sich der Herr ist, und habt die Milde seiner göttlichen Gegenwart verspürt.

Wie ist es gekommen, daß ihr besser geworden seid in allen Lebenslagen? Durch die Ankunft des Heilandes, durch eure Vorbereitung. Kommt wieder, erneuert die heilige Kommunion, wiederholt und vermehrt sie, das ist der Wunsch Jesu, und seine Absicht ist klar und unzweifelhaft. Wir wünschen, daß eure vielen und häufigen Kommunionen beständig sein möchten. Und mit der heiligen Kommunion mögen sich von Tag zu Tag vervielfältigen die gesegneten Früchte eurer ersten heiligen Kommunion, um aus euch wahre Christen zu machen, Beispiele zur Nachahmung, Vorbilder, um jede gute Absicht bei denen zu befestigen, welche sich ihr nähern werden. Ihr habt für den gemeinsamen Vater gebetet, und darüber empfinden wir eine seltsame Freude und Dankbarkeit, und wir sagen euch, daß wir auf eure Gebete jetzt und in Zukunft in besonderer Weise rechnen.

Ihr seid die Auserwählten des göttlichen Herzens, und der Papst zählt auf eure Gebete. Der Papst hat für euch gebetet und wird immerdar für euch beten, damit Jesus Christus in eurem Herzen sein erhabenes Reich ausdehne und vertiefe, damit euch euer Leben immer heiliger und glücklicher werde. Wir beten für eure Eltern, für eure Familien, für euer Gedulden in der Gegenwart, für eine segensreiche Zukunft, und damit dies alles in schönstem Maße sich erfüllen möge, erteilen wir euch von Herzen den apostolischen Segen, welchen ihr zu erbitten, gekommen seid.

Nachdem der Papst den Segen erteilt hatte, erschallten lebhaft Beifallshuldigungen, während gleichzeitig die Papst-hymne gesungen wurde.

Büchertisch

„Cantus Eucharistici et Vespertini“. Nachdem der Verlag Kösel u. Pustet erst vor kurzem Ets berühmte „Cantica Sacra“ in einer Neubearbeitung durch Alexander Koch unter dem Titel „Der praktische Chorgesang und Organist“ herausgebracht hat, weist der gleiche Verlag jetzt bereits ein neues wichtiges Werk auf dem Gebiete der kirchenmusikalischen Fachliteratur auf und zwar: „Cantus Eucharistici et Vespertini“ von J. Klingenberg.

Mit dieser Sammlung hat Herr Pfarrer Klingenberg (Gaggen) sämtlichen Kirchenchören einen reellen Dienst geleistet und tatsächlich „einem längst empfundenen Bedürfnis abgeholfen“. Das Werk bietet eine reiche Auswahl lateinischer Gesänge für die Sakramentalen Gottesdienste und speziell für die Nachmittags- und Abendandachten, ungefähr zu gleichen Hälften Choralgesänge (vokalisiert) und Figuralmelodien. Der Inhalt verteilt sich folgendermaßen:

50 Sakramentalgesänge; Ostaneten vom heiligen Namen Jesu (4 Melodien, 1- und 2stimmig); 12 Herz-Jesu-Gesänge; Ostaneten vom heiligen Herzen Jesu (4 Melodien, 1-, 2- und 4stimmig); 16 Mariengesänge bzw. Marienische Antiphonen; Laurentianische Ostaneten (16 Melodien, 1-, 2- und 4stimmig); 3 St. Josephsgesänge nebst St. Josephsantiphonen (11 Melodien, 1- und 2stimmig); Tantum ergo (53 Melodien); verschiedene Gesänge, die je nach den kirchlichen Festen, Zeiten und Anlässen im liturgischen Gottesdienst bzw. in den Andachten Verwendung finden (Veni Creator, Lauda Gloriam, Te Deum, eiliche Hymnen, Antiphonen für Papst, Bischof, Landesfürst und Vaterland usw.) Uebersichtliche Zusammenstellung aller Versikel und Oratorien zu sämtlichen Gesängen des ganzen Werkes, zum Gebrauch für den Pfarrer am Altar.

Die Auswahl der Gesänge ist sehr glücklich getroffen, indem neben den offiziellen gregorianischen Choralweisen nur solche

Nummern aufgenommen wurden, in welchen sich wirkliche Würde mit gefälliger Sangbarkeit vereinigt finden. Alle Figuralgesänge sind stimmig gesetzt, manche 3stimmig, jedoch so, daß mit wenigen Ausnahmen (10 salutaris 12 nebst den 4 zweistimmigen Marienischen Antiphonen) sämtliche mehrstimmigen Gesänge auch einstimmig vorgetragen werden können. Die 3stimmigen Stücke dürfen nach Willkür von drei gleichen Stimmen oder von zwei Kinder- und einer Männerstimme gesungen werden. Allen Einzelmelodien des ganzen Werkes ist jedesmal der Text vollständig unterlegt, und zwar so, daß die Kadenz in Melodie und Text durch Trennungspunkte bezeichnet sind und jede Silbe genau unter der entsprechenden Note steht. Die äußere Ausstattung des Buches ist musterhaft: Klare kräftige Text- und Notentypen, tief-schwarzer Druck, deutliche Lesbarkeit, sehr übersichtliche Anordnung und Seiteneinteilung, bequemes Format. Das Werk ist wirklich geeignet, in würdiger Weise in das mancherorts stereotypen Einzel der sakramentalen Gottesdienste und Andachten eine auch in religiösen Dingen wohlthuende Abwechslung und anregende Mannigfaltigkeit hineinzubringen. Kirchenchöre und Gesangsvereine, allen voran aber die hochwürdige Geistlichkeit und die höchsten Anstalten werden daher die Neuerscheinung begrüßen.

„Handbuch des guten Tones und der feinen Sitte“ von R. v. Franke n. 48. verbesserte Auflage (bisherige Auflage 200.000), 304 Seiten. Preis vornehm gebunden R. M. 3.—. Max Hesses Verlag, Berlin W. 15.

Guter Ton und einwandfreies Benehmen sind gerade in unserer Zeit erstrebenswerter denn je. Von all den zahlreichen Büchern der gleichen Art ist uns keines bekannt, das so viele Vorzüge in sich vereinigt wie gerade dieses. Es ist geschmackvoll gebunden und äußerst billig. Nichts von blutleeren, steifen Feinlichkeiten, überall geht Verbesserung der äußeren Formen mit innerer Bereicherung, stets Höflichkeit mit Herzlichkeit Hand in Hand. Selbst der Erwachsene, der gesellschaftlich feingebildet wird vieles aus dem Buche lernen. Kein Alter, kein

Stand, keine Lebenslage ist unberücksichtigt gelassen. Jedemfalls möchten wir das Buch als besseres Geschenk zu jeder Gelegenheit wärmstens empfehlen.

„Der Ostwart“. Ostdeutsche Monatshefte des Bühnenvolkshausbundes. Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Viktor Kubezák, Breslau 1, Seminarstraße 1/3, unter Mitwirkung von Dr. Hans Hechel, Dr. Hermann Janßen, Dr. Hermann Mehke. Verlag des Bühnenvolkshausbundes, Frankfurt a. M.-Breslau. Bezugspreis für das Einzelheft 0,45 Mark (Doppelheft 0,90 Mark), im Jahresabonnement (9 Hefte) 3,50 Mark.

Im März dieses Jahres brachte der Bühnenvolkshausbund das erste Doppelheft „Der Ostwart“ heraus. Schon der erste Anblick dieses Hefes teilt einem gewissermaßen in Erstaunen. Die gediegene Aufmachung, die vornehme Ausstattung stellen auf. Und als man das Heft auf den Inhalt prüfte, entsprach dieser vollständig der äußeren Form. Wir freuen uns, daß man etwas Derartiges unternommen hat. Niemand, dem es ernst ist, mit deutscher Kulturarbeit, soll darum heute fragen, warum zu den vielen alten Zeitschriften noch diese neue hinzugekommen ist. Und in der Tat berührt es uns angenehm, daß man gerade im Osten, in diesem heilumstrittenen deutschen Land, an diese Kulturarbeit herangeht. In diesen Hefen (mittlerweile ist auch bereits das zweite Heft erschienen) weht ein frischer Geist. Namen von Klang treten uns entgegen und bringen neben eigenen Dichtungen wertvolle Beiträge über Kultur, Kunst und alle neuzeitlichen Themen. Schöne Kunstbelegungen zieren die beiden Hefte. Unter der Rubrik: „Auf der Warte“ wird zu verschiedenen Strömungen der Neuzeit Stellung genommen. Eine eigene Rubrik ist literarischen Neuerscheinungen gewidmet. Wir glauben bestimmt, daß dieses Unternehmen nicht vom Augenblick getragen sein wird, sondern daß schon in kürzester Zeit sich eine stattliche Belegzahl um den „Ostwart“ schaaren wird.

Dresden

Touristen-Preisermäßigung bei der Jahreschau. Der Preis für Touristen wie vom 16. Juli ab ermäßigt; die Hauptkarte kostet nur noch 7,50 Mark, jede Nebenkarte 5 Mark. Dieser billige Preis legt viele Dresden in den Stand, sich noch nachträglich Touristen zum uneingeschränkten Besuch der Jahreschau zu beschaffen. Da die Ausstellung voraussichtlich bis Ende September dauern wird und die Leitung für besondere Veranstaltungen in den Monaten August und September noch große Anstrengungen macht, außerdem täglich Konzerte sowohl von Sibelius, als auch von Militärcapellen stattfinden, so ist der Bezug verbilligter Touristenkarten nur zu empfehlen.

Zirkus Carraiani als Lichtspieltheater umgestaltet. Die Direktion der Carraianibetriebe teilt uns mit, daß der Zirkus ab 18. Juli als Lichtspieltheater umgestaltet worden ist. Jeder Film, welcher im Carraiani-Lichtspieltheater zur Vorführung gelangt, ist eine Erstaufführung für Dresden. Der Beginn der Vorstellungen ist auf wochentags 6 Uhr festgesetzt. Die Vorstellungen laufen dann ununterbrochen weiter, wobei auf ein vorgeführtes Bild sofort einige zu dem Bild passende Vorlesungen folgen. Sonntags ist Beginn der Vorstellung um 4 Uhr nachmittags. Der Zirkus hat die größte Projektionsleinwand Dresden: 8 x 10 Meter.

Die Seelenmesse für Frau Margarete v. d. Decken findet Freitag um 7 Uhr in der Herz-Jesu-Kirche statt.

Leipzig

Noch keine Einigung im Baugewerbe. Vom Verband der Arbeitgeber wird mitgeteilt: Die Arbeiter Westsachsens lehnen unter Führung der Leipziger Zimmerer und des Verbandes der ausgeübten (kommunistischen) Bauarbeiter den Spruch des Landesschiedsrichters trotz Lohnerhöhung auf 80 Pfg. ab. Sie wollen nicht 47 Stunden, d. h. eineinhalb Stunden wöchentlich mehr als bisher, arbeiten. Die Leipziger Bauarbeiterführer fordern 1 Goldmark Stundenlohn für Gelehrte, 95 Pfg. für Ungelernte, Beibehaltung der 45 1/2 stündigen Arbeitszeit, 6 Tage Ferien usw. Die Sachlage zwingt die Bauarbeitergeber zur Aufrechterhaltung der Auslieferung.

Das Ergebnis einer Großstadtstreife. Bei einer in den Morgenstunden des 11. Juli von der Polizei unternommenen Streife in der Umgebung der Gewerbaustellung und des Hauptbahnhofes in Leipzig wurden 45 Männer und 30 Frauenpersonen festgenommen.

Aus Sachsen

Oberlausitzer Gewerbechau

Die Oberlausitzer Gewerbechau in Witten nimmt unter allen Ausstellungen der Oberlausitz einen besonderen Platz ein, weil sie das ganze Schaffensgebiet Ostsachsens umfaßt. Der Besucher ist überrascht, in dem verhältnismäßig kleinen Orte die Erzeugnisse der gesamten Lausitz zusammengestellt zu finden. Die Ausstellung stellt eine nahezu lückenlose Heereschau über Handwerk, Industrie, Handel und Gewerbe dar und ihr Gebiet erstreckt sich von der böhmischen Grenze bis nach Preußen hinein, von der Riese bis an die Elbe. Denn auch aus Dresden sind zahlreiche Branchen vertreten. Sie ist in fünf großen Sälen untergebracht und läßt nicht weniger als 90 Branchen und 110 Firmen zu Worte kommen. Sie ist nicht nur in geschäftlicher Beziehung bedeutungsvoll, sondern hat gleichzeitig hohen volkswirtschaftlichen Wert, indem sie zeigt, wie vielfältig Industrie, Handwerk und Gewerbe in der Lausitz sind und welche mächtigen Aufschwung die Lausitz auf diesen Gebieten in den letzten Jahren genommen hat.

Vertreten sind: Bootbau, Wässherei, Möbel aller Art, Nahrungs- und Genussmittel, elektrotechnische Artikel (hier stehen die Sächsischen Werke A. G. an erster Stelle), Räder, Installation, kunstgewerbliche Erzeugnisse, Maschinen aller Art, Motoren, Oefen, Schlackehunde, Sattler, Schmiede, Schlosserarbeiten, natürlich fehlen auch die für die Lausitz typischen Zweige der Textilindustrie und Weinbrennerei nicht. Die Ausstellung zeigt das Beste, die neuesten Erfindungen auf den einzelnen Gebieten in den Vordergrund zu stellen, um so zu zeigen, daß auch die Lausitz Schritt hält mit der fortschrittlichen Entwicklung der einzelnen Zweige.

Die Ausstellung ist bis zum 22. Juli geöffnet.

5. Sitzung der Sächsischen Gemeindekammer

Dresden, 15. Juli. Die Gemeindekammer hat am 11. dieses Monats ihre 5. Sitzung abgehalten und dabei folgende Gegenstände behandelt:

Die Sitzung des Arbeitgeberverbandes Sächsischer Gemeinden wurde unbeanstandet gelassen, diejenige des Landes-Pensions-Verbandes in zwei Punkten beanstandet. Die Vorchrift einer großstädtischen Ortsverfassung, nach der die Gemeindeverordneten das Mitglied des Gemeinderates, das im einzelnen Falle zu ihren Sitzungen abzuordnen ist, bestimmen können, wurde abgelehnt. Es wurde erkannt, daß die Reihenfolge der Bürgermeister-Stellvertreter nicht im Verhältniswahlverfahren, sondern durch Mehrheitsbeschluß zu regeln sei. Eine Befassungsbefugnis, nach der ein Mitglied des Stadtrates in reinen Gemeindeverordneten-Ausschüssen ohne Stimmrecht den Vorsitz führen sollte, wurde abgelehnt. Die Vorchrift eines Ortsgesetzes über kostenfreie Totenbestattung, nach der die Kostenbestattung dann nicht zu erfolgen hat, wenn der Verstorbene weniger als ein Jahr vor seinem Tode im Gemeindebezirk gewohnt hat, wurde gebilligt. Es wurde anerkannt, daß eine Gemeinde in ihrer Befugnis den Wegfall einer besoldeten Stadtratsstelle für den Zeitpunkt des Ablaufs der Wahlzeit oder der Abberufung des derzeitigen Stelleninhabers vorsehen könne. Die Beschwerde einer Gemeindeverordneten-Fraktion dagegen, daß die Aufsichtsbehörde sich ihrem Antrage auf Anordnung einer Gemeindebürger-Abstimmung wegen Abberufung des Bürgermeisters nicht gefügt habe, wurde zurückgewiesen. Es wurde festgelegt, daß Beschwerden an die Gemeindekammer auch dann als rechtzeitig angesehen werden sollen, wenn sie feistgemäß bei derjenigen Behörde eingegangen seien, deren Entscheidung angefochten wird. Es genügt aber nicht eine „Vorstellung“ bei dieser Behörde; vielmehr muß unabweisend zum Ausdruck kommen, daß der Beschwerdeführer sich bei der Entscheidung nicht beruhigen, sondern die Entscheidung einer übergeordneten Stelle herbeiführen will. In drei Fällen wurden Ausnahmen wegen Hinausschiebung der Wahltagtagwahlen bewilligt. Die Bitte einer Stadt, die Gemeindekammer möge ein an das Ministerium gerichtetes Gesuch, über das zu entscheiden allein das Ministerium zuständig ist, unterstützen, wurde abgelehnt und dabei grundsätzlich festgestellt, daß die Gemeindekammer nur in solchen Angelegenheiten tätig zu werden habe, die ihr gesetzlich ausdrücklich zugewiesen sind. Die Beschwerde einer Landgemeinde gegen die Beanstandung eines den gesetzlichen Satz unterschreitenden Hundesteuerbeschlusses wurde zurückgewiesen. Die Wahlkreisverteilung für die Bezirksverordneten in Pölsa wurde bis auf einen unwesentlichen Punkt in der vom Bezirksrat beschlossenen Weise gebilligt. Ferner wurde noch eine größere Anzahl Sachen von geringerer Bedeutung erledigt.

Theater und Musik

Staatsoper. Hildegard Ranejak als Carmen und Otto Janesch als Escamillo. Beides ein Paar routinierter Kuchelstücke. Konventionelles Spiel, aber keine persönliche Note. Bei der Ranejak aber immerhin mehr als Schalkerei. Freilich hat ihre Carmen viel Nativität, viel Wädhentollheit. Sie nicht mitunter einem fackelvermählten und verzogenen Kuchelstückchen, das auf jeden Fall seinen Willen haben muß. Diese Carmen, in die Richtertheit des Lebens verkehrt, würde einem Don Jose schwerlich den Kopf verkehrt haben. Otto Janesch fehlt für den Escamillo die Brutalität und das Gewaltmenschenstum. Er will es zwar vorführen, aber wirkt unglaubhaft. Wie feinerger als Scarpa, mußte er auch als Escamillo durch starkes Forcieren die nötige Kraft in der Tongebung erreichen. —ff.

Oper am Albertplatz. Die künstlerische Leitung der Sommeroper scheint die Schwierigkeit vorhinscher Bühnenwerke doch etwas unterschätzt zu haben. Es heißt da Wädhentollheit. Sollte man an anderer Stelle in Dresden auch davon ein Lied zu singen wissen? Wie lange schon geht man in der Staatsoper Vorhins aus dem Bege! Ja, ja, der alle, gute Vorhins hat es in sich! Es läßt sich da kein F für ein U machen. Es braucht forsälliger und gewissenhafter Vorbereitungen! Für den „Wädhentollheit“ dürfte sicher fleißig und tüchtig gearbeitet worden sein. Dafür hat man vielerlei Anhalte. Aber ein Wagnis bleibt es für ein lustig zusammengestelltes, nicht ineinander gepieltes Unternehmen, zum „Wädhentollheit“ zu greifen. So kam es, daß die „Wädhentollheit“-Aufführung die bisher schwächste Leistung der Sommeroper war. Sie stand stellenweise kaum über einer Konservatoriumsvorstellung. Die deutsche Spieloper braucht in erster Linie außerordentlich routinierte Darsteller. Und diese fehlen der Sommeroper. Schließlich ist es auch kein Wunder, daß die Zeit zum Einstudieren zu kurz ist, wenn jede Woche eine neue Oper heraustritt. Musikalisch und gefanglich läßt sich ja immerhin viel schaffen. Ehe aber die Darstellung in Fleisch und Blut übergeht, so daß sie natürlich und unangewungen wirkt, daß sie nicht das Angelernte sofort abzugeben ist, das dauert schon eine Zeit. Auch im Dialog

heitsbeschluß zu regeln sei. Eine Befassungsbefugnis, nach der ein Mitglied des Stadtrates in reinen Gemeindeverordneten-Ausschüssen ohne Stimmrecht den Vorsitz führen sollte, wurde abgelehnt. Die Vorchrift eines Ortsgesetzes über kostenfreie Totenbestattung, nach der die Kostenbestattung dann nicht zu erfolgen hat, wenn der Verstorbene weniger als ein Jahr vor seinem Tode im Gemeindebezirk gewohnt hat, wurde gebilligt. Es wurde anerkannt, daß eine Gemeinde in ihrer Befugnis den Wegfall einer besoldeten Stadtratsstelle für den Zeitpunkt des Ablaufs der Wahlzeit oder der Abberufung des derzeitigen Stelleninhabers vorsehen könne. Die Beschwerde einer Gemeindeverordneten-Fraktion dagegen, daß die Aufsichtsbehörde sich ihrem Antrage auf Anordnung einer Gemeindebürger-Abstimmung wegen Abberufung des Bürgermeisters nicht gefügt habe, wurde zurückgewiesen. Es wurde festgelegt, daß Beschwerden an die Gemeindekammer auch dann als rechtzeitig angesehen werden sollen, wenn sie feistgemäß bei derjenigen Behörde eingegangen seien, deren Entscheidung angefochten wird. Es genügt aber nicht eine „Vorstellung“ bei dieser Behörde; vielmehr muß unabweisend zum Ausdruck kommen, daß der Beschwerdeführer sich bei der Entscheidung nicht beruhigen, sondern die Entscheidung einer übergeordneten Stelle herbeiführen will. In drei Fällen wurden Ausnahmen wegen Hinausschiebung der Wahltagtagwahlen bewilligt. Die Bitte einer Stadt, die Gemeindekammer möge ein an das Ministerium gerichtetes Gesuch, über das zu entscheiden allein das Ministerium zuständig ist, unterstützen, wurde abgelehnt und dabei grundsätzlich festgestellt, daß die Gemeindekammer nur in solchen Angelegenheiten tätig zu werden habe, die ihr gesetzlich ausdrücklich zugewiesen sind. Die Beschwerde einer Landgemeinde gegen die Beanstandung eines den gesetzlichen Satz unterschreitenden Hundesteuerbeschlusses wurde zurückgewiesen. Die Wahlkreisverteilung für die Bezirksverordneten in Pölsa wurde bis auf einen unwesentlichen Punkt in der vom Bezirksrat beschlossenen Weise gebilligt. Ferner wurde noch eine größere Anzahl Sachen von geringerer Bedeutung erledigt.

Die Erdstürkungen in Delsnig

Delsnig i. G., 15. Juli. Über die Unwetterkatastrophe in Delsnig vom 25. Juni wird ergänzend mitgeteilt, daß das fragliche Siedlungsgebiet einen Flächeninhalt von 4500 Quadratmeter hat und daß davon 1350 Quadratmeter auf den 75 Meter langen und durchschnittlich 18 Meter breiten sogenannten „See“ entfallen. Sobald der Regen darüber war, versinken sich die Häuser rasch und die ganze Bevölkerung hat nur kurze Zeit abgewartet. Verunruhigt werden müssen vorläufig insolge von Bergschäden 6 Häuser mit 12 Wohnungen, in absehbarer Zeit werden den ebenfalls 6 Häuser mit etwa der gleichen Anzahl Wohnungen hinzukommen. Die Befürchtung, daß der ganze Ortsteil Mittelölsnig mit einem Flächeninhalt von mehr als 1 Millionen Quadratmeter vom Erdboden verschwinde, besteht nicht. Für die wegfallenden Wohnungen wird Ersatz geschafft; inwieweit die Straße gefährdet ist, wird sie verlegt.

Baugen, 14. Juli. (Oberbürgermeister Dr. Kneubler tot.) Am Freitag verstarb hier am Alter von 75 Jahren der frühere Oberbürgermeister von Baugen, Geh. Regierungsrat Dr. Kneubler, Ehrenbürger der Städte Baugen und Wittichenau. Seit 1891 bis zur Revolution war er Mitglied der Ersten Kammer der Sächsischen Landtage, 1881 wurde er Bürgermeister von Wittichenau, 1886 von Frankenberg und 1890 von Baugen, wo er 1902 Oberbürgermeister wurde.

Baugen. (Staatsgrundsteuer.) Die Amtshauptmannschaft Baugen teilt uns mit, daß der 2. Termin der Staatsgrundsteuer 1924 am 15. Juli 1924 fällig und bis zum 31. Juli 1924 an die zuständige Ortssteuerbehörde zu bezahlen ist.

Chemnitz, 15. Juli. (Explosion in einer Wohnung.) Am Freitag war in der Wohnung eines Textilfabrikanten in der Rürnberger Straße das Gas mit Benzin eingeleitet worden. Infolge der hohen Temperatur entzündete sich Benzingas, die in den Raum eindringten. Durch ein bisher noch nicht aufgeklärte Ursache explodierten die Gas. Der Ofen und die Wohnungseinrichtung wurden zerstört. Der Wohnungsinhaber erlitt mehrere Brandwunden, seine Frau trug einen Verwundung davon.

Chemnitz, 15. Juli. (Zertrümmerter Kufag.) Am Donnerstag nachmittag wurde auf der Weststraße auf einen fahrenden Motorwagen der Straßenbahn angefahren und mit einem Aufgänger zertrümmert und dabei eine Glasscheibe zertrümmert. Personen wurden nicht verletzt. Die Erörterungen zur Ermittlung des Täters sind im Gange.

Chemnitz, 15. Juli. (Ein Schulmädchen vermißt.) Seit dem 7. Juli dieses Jahres fehlt das elfjährige Schulmädchen Zuzanne Elise Müller, Wädhentollheit Nr. 2 wohnhaft. Entdeckt war bei seinem Wohnort aus der elterlichen Wohnung mit schwarzer Mütze, schwarzem Rock, weißen Strümpfen und hohen Schuhen, weißer Schürze bettet. Da alle Nachforschungen nach dem Verbleib der Vermissten bis jetzt erfolglos geblieben sind, wird gebeten, kundenmäßige Mitteilungen an das Polizeipräsidium gelangen zu lassen.

Colbitz, 15. Juli. (Für die Dresdner Studenten.) Die Mitglieder des Sächsischen Spar-, Kredit- und Leihvereins Colbitz und Umgebung hielten ihren ersten Genossenschaftsabend ab. Mitglieder des Studentensprechers und

darpernte es. Ganz unerlässlich ist es, daß die künstlerische Leitung die Verantwortungsfähigkeit der Darsteller unter die Lupe nimmt. Eine derartig mangelhafte und unzulängliche Befugnis, wie sie der Ritter Adelhof aus Schwaben erbrachte, darf auf keinen Fall vorkommen. Denn der „Wädhentollheit“ ist schließlich keine Pöffe, sondern eine Oper. Es bleibt also für die Wiederholungen noch ein gut Stück Arbeit übrig, um Vorhins wirklich mullergütlich anzuführen. . . .

Am besten schmit die Kapelle unter Dr. Engländer's stotter Leitung ab. Geschickt wählte er die Fäden zusammenzuführen. Und es wurde ihm manchmal nicht leicht gemacht. Die Spielleitung muß auf einige Kleinigkeiten noch ihre Aufmerksamkeit werfen. Wenn Jerntraut bemerkt, daß sie noch Del auf die Lampe gießen sollte, so darf sie keine Kerze in der Hand halten. Ferner bringt Marie ein weißes Porzellan-Kaffeegeschirr auf die Bühne. Zwar gab es um 1000 schon chinesisches Porzellan. Ob aber der brave Städtler in seinem Haushalte solches besaß? Bei Verhandlungen darf auch nicht der Wädhentollheit fallen. Das bringt unnötige Unruhe ins Publikum. . . . Mit gutem Willen verhalten sich Erich Fuchs als Wädhentollheit, Joachim v. Kelsmich als Graf von Pichena, Karl Wagner als Georg und Wala von Lohndach als Jerntraut. Besonders hervorzuheben sei die Marie von Maximiliane Schüller. Es ist stark anzunehmen, daß diese Künstlerin später noch einmal vor sich selbst machen wird. So hat der Abend auch mancherlei Erfreuliches. Eins sei aber nochmals nachdrücklich betont: Man unterschätze Vorhins nicht! Für ihn ist gerade nur das Beste gut genug. —ff.

Das neue Heim des Gebirgsvereins

Der in den Kreisen des Gebirgsvereins für die Sächsische Schweiz (Gesamtverein) schon lange gehegte Plan, im Herzen seines Arbeitsgebietes eine feste Sammelstätte zu schaffen, ist nun seiner Verwirklichung entgegengeführt worden. Auf lustiger Anhöhe, weithin sichtbar, auf dem sogenannten „Lag“ bei Königstein, unterhalb der Palmstänke, hat sich der Gesamtverein ein Heim geschaffen, das allen berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt und volle Anerkennung verdient. Zu dem im Heimats-

Bereinsveranstaltungen

Dresden. Morianische Jünglings-Kongregation. Mittwoch, den 16. Juli, Sobalenabend 8 Uhr bei Kaplan Stutenbrud, Schloßstraße 32. II

(Siehe Inserate)

des dramatischen Spiels der Dresdner Technischen Hochschule boten ein ausgezeichnetes Konzert und allerkund Aufführungen, unter denen das Hans-Sachs-Spiel „Wie der fahrende Schärer den Teufel bannt“ besonders erwähnt sei. Der Vortrag ist für die Dresdner Studentenhilfe bestimmt.

Freiberg, 14. Juli. (Keine Verherbergungssteuer mehr.) Dem Beispiel anderer Städte folgend, beschloßen Rat und Stadtverordnetenkollegium ab 1. Juli die städtische Verherbergungssteuer nicht mehr zu erheben. Das Stadtverordnetenkollegium bewilligte in seiner letzten Sitzung vor den Ferien 30 000 Goldmark an den Stadterwerb „Freudenstein“ zum Bau von drei Doppelfamilienhäusern. Die Aufnahme der 600 000-Dollarschuld der Stadt Freiberg hat sich in letzter Minute erledigt, da, wie der Rat der Stadt mitteilt, die ausländischen Geldgeber ihr Angebot zurückgezogen haben.

Wandau, 15. Juli. (Zurücknahme von Geldstranknaden.) Es wird vermutet, daß die in Wandau in Vorbereitung befindlichen Widerstände festgenommenen Geldstranknaden dieselben sind, die vor einigen Wochen in der Wandauer Erstrantentasse einen Einbruch in den Geldschrank verübten.

Dohnstein (Sächsische Schweiz), 15. Juli. (Das Dohnsteiner Schloß als Baubau- und Erholungsheim.) Das Schloß Dohnstein, das bisher ein Arbeitshaus in seinen Mauern barg, ist nach Auflösung dieser Anstalt an die Deutsche Turnererschaft verpachtet worden, die das alte Schloß nach umfangreichen Umbauten in ein Baubau- und Erholungsheim für erholungsbedürftige Mitglieder der Deutschen Turnererschaft umwandeln wird. Es schweben ferner Verhandlungen, in das Schloß eine landwirtschaftliche Hochschule und eine Weibshule zu verlegen.

Mittweida, 14. Juli. (Ein Lustmörder gefaßt?) Der Lustmörder, der kurz vor Weihnachten vorigen Jahres in Oberkotau an einem 15jährigen Schulmädchen verübt wurde, scheint jetzt seine Sühne finden zu wollen. Es ist jetzt ein junger Wirtschaftsgenosse in Schlegel verhaftet worden, der der Tat dringend verdächtig erscheint.

Schlag, 15. Juli. (Tödtlich überfahren.) Am Sonnabend mittag wurde das 6jährige Schindchen eines Schmiedemeisters in der Dresdner Straße von einem beladenen Sandwagen, in dem es hineingekommen war, überfahren. Der Hinterkopf wurde vollständig zermalmt, so daß der Tod sofort eintrat.

Colbitz i. G., 15. Juli. (Durch elektrischen Strom getötet.) Am Freitagmittag wurde ein bei der elektrischen Leberlandbahn Angelegter, der an einem Straßenbahnstoß arbeitete und der Heizung zu nahe kam, durch einen elektrischen Schlag getötet. Er blieb am Trakte hängen. Wiederbelebungsbemühungen blieben erfolglos.

Witten, 15. Juli. (Zum Intendanten des Sächsischen Theaters wurde der gegenwärtige Leiter des Landestheaters in Göttingen Kurt Strichardt gewählt.) Er wird die Leitung des Witten Theaters bereits am 15. Juli übernehmen. Strichardt ist 47 Jahre alt und hat schon eine 25jährige Tätigkeit an deutschen und ausländischen Bühnen hinter sich. In der Spielzeit 1908/09 war er am Witten Theater als Sänger und Spielleiter beschäftigt. Später wirkte er als Oberregisseur am Stadttheater in Bremen und am Hoftheater in Darmstadt. Seit 1919 hat er das Sächsische Landestheater geleitet.

Weidenbach, 15. Juli. (Eine gefährliche Unfälle.) In Freiheit sich das Auto des Fabrikbesizers Heide aus Weidenbach mit einem Sandwagen zusammen, auf dem zwei Packerknechte saßen, die den Wagen mit den Füßen lenkten. Das Signal hatten sie überhört. Im letzten Augenblick wachte der Lenker vor Schreck nicht auf und ein und fuhr ins Auto. Der Wagen wurde zertrümmert. Der Lenker des Sandwagens wurde eine Stunde gefesselt. Dabei erlitt er zahlreiche Brüche. Hoffende Wunden und schwere innere Verletzungen, denen er bald den Auf erlag.

Radberg, 15. Juli. (Zusatz im Stadtparlament.) In der letzten Sitzung des Stadterwerdenskollegiums kam es zu einem Zusatz. Er entstand dadurch, daß die Liste dem in der Sitzung vom 28. Mai gewählten Stadtverordnetenwahlbezirk Dr. Jahn ein Misstrauensvotum ausstellen wollte. Der Vorsitzende hat es ab, den Antrag als dringlich auf die Tagesordnung zu setzen. Im Laufe der Auseinandersetzungen legte der zweite Vizepräsident Matzsch (Zog.) sein Amt nieder. In Schlüsselstellen kam es nicht, wohl aber zu vielen Verhärtnungen der Bürgerlichen. Die Auseinandersetzungen, die sehr heftigen Charakter annahm und in die auch die Tribünenbesucher eingriffen, dauerten über eine Stunde. Schließlich wurde Stadterwerdener Erberhard (Zog.) mit den Stimmen der Bürgerlichen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Zerbau, 15. Juli. (Verurteilung.) Am Donnerstag fand ein hiesiger Einwohner, der den Kreuzturm besonders magisch, bei Endlers Ruhe eine Kreuzgatter mit zehn Jungen, die er unabsichtlich machte. Er hat im Laufe des Sommers bereits eine größere Anzahl dieser Tiere gefangen.

Schwarzenberg, 15. Juli. (Verhaftung wegen Nichtablieferung der Kontrakte.) Durch rechtzeitige Interventionen, Handlung in gegen den Produzenten der Firma Smalitzer und Zantenwerk in Wierfeld, Paul Brielmann in Wierfeld, wegen

teile gehaltenen Heim wurde eine von der Stadt Königstein überlassene Scheune, ein altes Wohnhaus der Gegend, verwendet. Landschaftlich bevorzugt gelegen, bietet der Platz eine überaus prächtige Aussicht auf Königstein und das Elbtal, darüber hinaus auf die heimatischen Berge bis hinüber zum Tanzenplan bei Zerbau. Die äußere Form des Gebäudes wurde streng gewahrt, nur das Innere seinem neuen Zweck entsprechend wesentlich verändert. Baummeister Schade-Königstein entwarf den Bauplan. Das sehr geräumige Heim birgt im Erdgeschoss neben einem größeren, mit Holz geschmückt verkleideten Aufenthaltsraum eine Küche mit anschließender Kammer und zwei Eingänge für die Führer oder ältere Mitglieder, wovon der eine Raum gegenwärtig als Wädhentollheit eingerichtet ist. Das Obergeschoss ist den Schlafzimmern — vornehmlich für Jugendwanderer — vorbehalten. Zwei getrennte Räume nehmen 16 Betten auf. Eine elektrische Einrichtung bietet bequeme Beleuchtung. Eine neugebaute Wapenlage vermittelt den Zugang von dem nach der Richtung führenden Wege aus.

Das erst im Frühjahr begonnene Werk wurde rasch gefördert und konnte am Sonntag, den 13. Juli, seiner Bestimmung übergeben werden. Zu der schlichten Feier waren die Mitglieder aus allen Teilen des Vereinsgebietes liberans zahlreich herbeigeeilt. Die Stadt Königstein war durch Bürgermeister Zumppe vertreten. Ein fröhliches Lied an die Heimat leitete die Feier ein. Mit kurzen Worten übergab darauf Baummeister Schade die Heim Schlüssel an den Gesamtverband des Gebirgsvereins. Der 1. Vorsitzende Reg-Rat Professor Dr. Lampe-Dresden, der sie in die Obhut des Vereins übernahm, richtete herzliche Worte der Begrüßung an alle Erschienenen und dankte allen die am Werke mitgeschaffen hatten. Sein besonderer Dank galt der Stadt Königstein für ihr Entgegenkommen. Er übergab darauf das Heim dem Jugend- und Herbergereis mit dem Wunsch, daß es recht lange seinem Zwecke dienen und dem Gebirgsverein zum Glück gereichen möge. Ein stotter Wanderer, unterhalb der Palmstänke, hat sich der Gesamtverein ein Heim geschaffen, das allen berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt und volle Anerkennung verdient. Zu dem im Heimats-

